Der Weg der Oktoberrevolution - der einzige Weg zum Sozialismus

1 H 3752 CX

Seite 8

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 44 vom 4. November 1977 11. Jahrgang 50 Pfennig

"Terrorismusdebatte" im Bundestag

Bonn plant neue Gesetze gegen das Volk

Bundestagdebatte über Terror-Gesetze. Das war am letzten Freitag die Fortsetzung des Großen Krisenstabs mit anderen Mitteln. Da wurde nicht polemisiert, da wurde nicht gestritten. Da gab es nur noch das, was die Herren in Bonn die „Solidarität der Demokraten" zu nennen pflegen, ihre Solidarität gegen uns, die Werktätigen. Da tritt der berüchtigte Scharfmacher Dregger von der CDU auf, und verwundert berichten die Bonner Hofjournalisten: Wo sonst seine Auftritte vom Zischen und Stöhnen der Koalitionsabgeordneten begleitet sind, gibt es diesmal lauten Beifall von den Bänken der SPD, Beifall gerade dann, als er unverhüllt ein „politisches Sonderrecht" fordert.

Gewiß, da gab es auch das alte Spiel mit verteilten Rollen, das für diese parlamentarischen Komödien unerläßlich ist. Es wurde der abgehalfterte Kanzler Brandt bemüht, der ein paar Phrasen darüber absonderte, daß man „kritische Geister nicht in die Nähe des Terrorismus rücken" dürfe. Mit Hilfe der Gewerkschaftsbonzen und DKP-Revisionisten sind seine Parteifreunde ja schon seit längerem bemüht, den SPD-Boß selbst zu so einem kritischen Geist, ja zu einem Opfer der Hexenjagd von rechts zu verklären. Aber es war Brandt selbst, der mit seinen Hetzparolen gegen die „Gewaltverherrlicher", die schlimmer seien als diejenigen, die den Finger am Abzug der Maschinenpistole haben, die Terroristenhysterie mit eröffnete.

Die demagogischen Auftritte Brandts haben nur den einen Zweck: Sie sollen hinwegtäuschen über das Ausmaß, das die politische Unterdrückung in diesem Land schon erreicht hat und sie sollen den Eindruck vorgaukeln, als würden sich ausgerechnet im Lager der Bonner Regierung mahnende Stimmen gegen den Kurs auf den Faschismus erheben. Aber gerade die Debatte am letzten Freitag machte deutlich, daß sich im Bundestag nicht ein „Rechts-" und ein „Linkskartell" gegenüberstehen. Sondern daß alle Vertreter des Bonner Staates sich einig sind darüber, die politische Unterdrückung noch weiter voranzutreiben.

Natürlich, nach den Worten der Bonner Herren gibt es eine solche politische Unterdrückung nicht, genauso wie es angeblich keine politischen Gefangenen in unserem Land gibt. Sie werden nicht müde zu beteuern, daß es ihnen ja nur um die Bekämpfung „krimineller Banden" ginge. Und demagogisch nehmen sie die verbrecherische Flugzeugentführung zum Vorwand, um herauszuschreien, daß sie uns, die Werktätigen vor diesen Banden schützen müßten. Aber hören wir einmal was die Herren am letzten Freitag im Bundestag sagten.

Der Minister Vogel für die Regierung: „Spezifisch für ihre (der sogenannten Terroristen) Taten sind nicht die Morde, sondern der frontale Angriff gegen den Staat und die Wertordnung unserer Gesellschaft." Und Dregger für die Opposition: „Für den terroristischen Angriff ist das Einzelopfer nur mehr Mittel zum Zweck. Der eigentliche Angriff richtet sich gegen den Staat und gegen die Demokratie, die zerstört werden soll."

Das zeigt doch, daß es ihnen gar nicht um „kriminelle Banden", um den „Terrorismus", sondern um ihren Staat geht. Sie schreien gegen die „Terroristen", aber sie meinen diejenigen, die diesen Staat organisiert bekämpfen. Und das sind doch nicht die 16 steckbrieflich gesuchten Attentäter und ihre Helfer. Das ist allein die Arbeiterklasse, geführt von ihrer Partei, der KPD/ML, an der Spitze der Volksmassen. Gegen sie richten sich auch die Terrorgesetze, die jetzt im Bundestag debattiert werden sollten. Diese Tatsache versucht die Bourgeoisie mit allen Mitteln zu vertuschen. Zum einen entfesselt sie ihre Terroristenhysterie und schreit nach der „Volksgemeinschaft" gegen den Terrorismus. Zum anderen, was die Gesetze selbst betrifft, wird ganz bewußt ein Klima der Unsicherheit geschaffen, ein Klima, in dem niemand mehr weiß, was da eigentlich läuft bei der Änderung alter, der Formulierung neuer Gesetze usw.

Ein Beispiel dafür war die Bun-

Fortsetzung auf Seite 2



April 1917: Ankunft Lenins auf dem Finnischen Bahnhof in Petrograd. Siehe den Artikel auf den Seiten 8 und 9: „60 Jahre Sozialistische Oktoberrevolution"

Die alte Leier der Konjunkturforscher

Werktätige sollen den Gürtel noch enger schnallen

Weiterhin ein sehr schwaches Wirtschaftswachstum und steigende Arbeitslosigkeit prognostiziert das Herbstgutachten der fünf Konjunkturforschungsinstitute für das nächste Jahr. Und was die längerfristige Perspektive betrifft: Ob es in absehbarer Zeit zu einem echten Aufschwung und einer Verringerung der Arbeitslosigkeit komme, das müsse man offen lassen. Im Klartext: Mit größter Wahrscheinlichkeit wird in den kommenden Jahren die Wirtschaftskrise nicht schwächer, sondern eher noch tiefer und die Arbeitslosigkeit wird weiter anwachsen.

Die sogenannten „Fünf Weisen" geben auch das Rezept an, wie der kranke Gaul angeblich wieder auf Trab zu bringen ist: Die Reallöhne müßten noch einschneidender abgebaut werden als bisher, die Arbeiter und kleinen Angestellten sollen den Gürtel noch enger schnallen. „Zur Verbesserung des Investitionsklimas ist vor allem eine Korrektur der Einkommensverteilung zugunsten der Gewinne erforderlich", heißt es in dem Gutachten.

Diese Leier ist bekannt! Wen wunderts, daß die Vertreter der Monopole dazu begeistert Beifall klatschten. Aber schließlich werden die Herren Wissenschaftler ja auch dafür bezahlt, daß sie in das Horn der Lohnverzichtspropaganda stoßen. Hat es jemals eine Konkunkturprognose gegeben, wo nicht die Lüge von den zu hohen Löhnen aufgetischt wurde?

Was soll es aber heißen, wenn hier von einer *„Korrektur* der Einkommensverteilung" die Rede ist? Sind etwa die Reallöhne der Arbeiter und kleinen Angestellten nicht gesunken und haben die Kapitalisten etwa nicht um so größere Profite aus uns herausgepreßt? Sind etwa die Kapitalisten verarmt, während bei den Werktätigen der Reichtum hereingebrochen ist? Solche Märchen wagen nicht einmal die Kapitalisten selbst aufzutischen. Aber sie behaupten allen Ernstes, und ihre Konjunkturforscher liefern ihnen dafür „wissenschaftliche Beweise", 1977 habe sich ein „Umverteilungsprozeß zugunsten der Löhne und Gehälter auf Kosten der Gewinne und Vermögen" vollzogen.

Angesichts der Wirklichkeit sind diese Behauptungen nackter Hohn. Als hätte sich nicht die Lage der werktätigen Massen im vergangenen Jahr weiter verschlechtert. Als wären nicht die Reichen noch reicher geworden, während sich im Proletariat das Elend weiter ausgebreitet hat. Als wäre es ein Geheimnis, daß die Kapitalisten, unterstützt von der Regierung, durch Rationalisierung, Arbeitsplatzvernichtung, Massenentlassungen und Herunterdrücken der Reallöhne die Lasten der Krise brutal auf die Arbeiter und anderen Werktätigen abwälzten.

In Wahrheit gibt es im Kapitalismus niemals einen „Umverteilungsprozeß" zwischen Arbeitern und Kapitalisten. In Wahrheit gibt es hier

Fortsetzung auf Seite 2

7 Tote beim Grubenunglück in Herten

Gestorben für den Profit der Zechenherren

Am Donnerstag vergangener Woche mußten sieben Bergarbeiter bei einem Grubenunglück auf der Zeche „Schlägel und Eisen" in Herten sterben. In 1.000 Meter Tiefe war in einer schrägliegenden Förderstrecke an einem Förderband ein Glimmbrand ausgebrochen. Sofort nach Bekanntwerden des Unglücks fuhren Genossen unserer Partei zum Schacht und sprachen mit Kumpels, die das Unglück miterlebt hatten. Im folgenden ihr Bericht:

Die Schächte 3, 4 und 7 sind die Hauptschächte der Schachtanlage Schlägel und Eisen. Als das Feuer bemerkt wurde, war die gesamte Frühschicht, es waren mehr als 500 Kumpels, unter Tage. Um sieben Uhr hatte ein Meisterhauer mit zwei Lehrlingen am etwa 1.000 m tief gelegenen Förderberg im Südfeld einen Glimmbrand entdeckt. Der Meisterhauer meldete diesen Glimmbrand sofort nach über Tage. Zunächst wurde versucht, das Feuer zu löschen. Das gelang nicht. Es breitete sich immer schneller aus. **Erst jetzt begann man die gesamte Untertage-Belegschaft nach oben zu bringen.**

Ein Kumpel berichtete: *„Zuerst wurde gesagt, ein kleiner Band, weiterarbeiten. Erst 15 Minuten später wurde gesagt, jetzt alle raus."*

Daraufhin begaben sich die Kumpels zum Schacht. In einer Strecke fiel die E-Lok aus, worauf ein Teil zu Fuß zum Schacht weiterlaufen mußte. Berichte des „WAZ" und der „Hertener Zeitung" stimmen nicht, denn dort hieß es: „Minuten später", sei die gesamte Untertagebelegschaft evakuiert worden.

Kumpels berichteten schon am Donnerstagabend, daß die letzten Bergarbeiter erst kurz vor halb zehn Uhr oben waren. Kurz zuvor wurde festgestellt, daß sich der 38 Jahre alte Kumpel Werner Klever noch auf der Abwetterseite des Südberges befand. Das war in der Nähe des Schacht 3; dorthin bewegte sich auch das Feuer. Nachdem bekannt wurde, daß Werner Klever noch unten war, fuhr sofort ein sechs Mann starker Rettungstrupp durch den Schacht 3 bis zur 3. Sohle.

Fortsetzung auf Seite 4

AUS DEM INHALT

Genosse Ernst Aust aus der SVR Albanien zurück 3
„Freiwillige" Zusatzrentenversicherung in der DDR 3
Schwarzmarkt-Geschäfte florieren in der Sowjetunion 3
Stahlkonzerne an der Saar: Weitere Stillegungen angekündigt 4
Kommunistischer Textilarbeiter berichtet: Trotz Spaltungsmanöver wächst unser Kampf 5
Interview mit Frau Weißbecker 7
Begräbnis von G. Ennslin, A. Baader, J.-C. Raspe: Die Hetze macht selbst vor den Toten nicht halt 7
Madrid: Illegale Pressekonferenz über die gemeinsame Erklärung 10
Bonner „Entwicklungshilfe": Gegen den Freiheitskampf der Völker 10
Erklärung der KP Britanniens/ML .. 11

"Terrorismusdebatte" im Bundestag

Fortsetzung von Seite 1

destagsdebatte. Wer erwartet hatte, daß hier das sogenannte Antiterror-Gesetzpaket der Regierung und die entsprechenden Vorlagen der CDU diskutiert würden, sah sich getäuscht. Fünf Stunden lang bestätigten sich die Sprecher unter dem donnernden Applaus aller Volkszertreter — wie Marx solche Herren nannte — ihre Bereitschaft, den Staat zu verteidigen. Die Gesetzesvorlagen selbst verschwanden klammheimlich — zur „weiteren Beratung in den Ausschüssen", wie es hieß.

Schon einen Tag vor der Debatte hatten sich unter dem Kommando von Vogel und Maihofer die „Sicherheitsexperten" aller Parteien getroffen, auch so eine Fortsetzung der Politik des Großen Krisenstabs. Und wie es sich für eine solche Politik gehört, wurde auch hier eine faktische Nachrichtensperre verhängt. Bekannt wurde nur, daß die Herren dabei über genau die Gesetze redeten, die eigentlich anderntags im Bundestag zur Debatte stehen sollten, und daß sie sich „um eine gemeinsame Linie" bemühten und eine solche Linie wohl auch gefunden haben. So wird gegenwärtig in Bonn hinter den Kulissen, unter völligem Ausschluß der Öffentlichkeit an nicht weniger als 70 Gesetzesvorlagen zur Verschärfung der politischen Unterdrückung gezimmert.

Warum scheuen denn die Herren so sehr das Licht der Öffentlichkeit? Sie haben Angst vor der Empörung der Werktätigen. Denn der Inhalt ihrer Vorlagen, so weit er überhaupt bekannt ist, macht allzu deutlich, daß es hier nicht um den Schutz vor Flugzeugentführungen geht, sondern um den Angriff auf die Rechte des Volkes. Da ist zum Beispiel die Einschränkung des Demonstrationsrechts, nach dem etwa verboten werden soll, daß sich Demonstranten gegen den Knüppelterror der Polizei mit Helmen schützen. Da ist die schrankenlose Erweiterung der Telefonüberwachung und der Bespitzelung des Briefverkehrs.

Einigkeit besteht bei allen Parteien auch darüber, künftig politische Gerichtsverfahren noch mehr zur Farce zu machen. Die Möglichkeit, Beweisanträge zu stellen, soll stark eingeschränkt, politische Prozesse künftig im Schnellverfahren durchgezogen werden. Schließlich sollen Verteidiger in solchen Prozessen noch schneller als bisher ausgeschlossen werden können. Aber nicht nur dadurch wird der Willkür der Klassenjustiz Tür und Tor geöffnet. In den letzten Tagen haben immer wieder SPD-Politiker ihre Bereitschaft bekundet, die von der CDU schon seit langem geforderte Wiedereinführung der faschistischen Sicherheitsverwahrung zu prüfen. Sicherheitsverwahrung, das bedeutet, daß sie jeden Kommunisten, jeden revolutionären Werktätigen, der zu einer Gefängnisstrafe verurteilt ist, nach Absitzen dieser Strafe nicht entlassen müssen, sondern beliebig lange, ja bis an sein Lebensende einkerkern können. Diese Sicherheitsverwahrung, damals Schutzhaft genannt, war die rechtliche Grundlage für die Errichtung der KZs in der Hitlerdiktatur. Und heute soll es nach dem Willen der Herren in Bonn wieder so sein. Heute nimmt Bonn immer offener Kurs auf den KZ-Staat.

Im Bundestag forderte letzten Freitag der CDU-Abgeordnete Dregger ganz unverhüllt ein „Sonderrecht" für politische Gewalttäter. Und er hatte auch gleich einen Vorschlag für ein solches politisches Sonderrecht bei der Hand, einen Vorschlag übrigens, der einige Tage zuvor schon in einem Gespräch zwischen dem Fernsehjournalisten Nowotny und dem Justizminister Vogel aufgetaucht war: Man solle für die Bundesrepublik ein „Republikschutzgesetz" einführen von der Art, wie es 1922 vom Reichstag verabschiedet wurde.

Was hat es mit diesem Gesetz auf sich? Es wurde damals ausgegeben als eine Antwort auf die Mordanschläge faschistischer Banden gegen bürgerliche Politiker. Tatsächlich aber diente es dazu, die kommunistische Partei zu kriminalisieren, ihre Presse, die revolutionäre Propaganda überhaupt zu unterdrücken, jeglichen Kampf der Arbeiterklasse und der Werktätigen gegen den Staat mit dem Zuchthaus zu bedrohen. Es enthielt zum Beispiel solche Bestimmungen wie die Bestrafung der „Beschimpfung" der Republik oder ihrer Organe mit Gefängnis bis zu fünf Jahren, der Auflösung von Versammlungen, auf denen es zu solchen „Beschimpfungen" kommen könnte, des Verbots von revolutionären Organisationen, ihrer Propagandamittel usw. Dieses Republikschutzgesetz enthielt auch einen Gummiparagraphen, nach dem Mitglieder solcher Vereinigungen, deren Zweck die Beseitigung von Mitgliedern der Reichs- oder Länderregierungen sei, mit dem Tode bestraft würden.

Wenn heute in Bonn unter dem Beifall der dort versammelten Volkszertreter nach solchen umfassenden Terrorgesetzen geschrien wird, dann ist höchste Wachsamkeit geboten. Dregger sagt, daß sein Ausnahmegesetz zeitlich begrenzt sein soll. Aber auch das alte „Republikschutzgesetz" sollte nur fünf Jahre gelten, wurde aber immer wieder verlängert, bis es nahtlos in die Gesetzgebung der faschistischen Diktatur einging. So weit darf es nicht noch einmal kommen. Bonn nimmt Kurs auf den Faschismus. Das wird von Tag zu Tag deutlicher. Die westdeutsche Bourgeoisie bereitet sich darauf vor, dem Ansturm des revolutionären Klassenkampfes mit der Errichtung der offenen Terrordiktatur zu begegnen.

Aber sie sollen nicht glauben, daß sie damit durchkommen. Das deutsche Volk, das schon einmal unter dem Joch einer solchen Diktatur gelitten hat, haßt den Faschismus aus tiefstem Herzen. Viele Werktätige sagen heute schon: „Das ist ja wie unter Hitler." Jetzt gilt es, den Widerstand gegen die Faschisierung zu verstärken. Gegen die Verbotsdrohungen gegen die KPD/ML und andere Organisationen, gegen die von Bonn schon durchgepeitschten oder noch geplanten Terrorgesetze, vor allem gegen ein umfassendes faschistisches Sonderrecht, müssen sich die Werktätigen um ihre Partei zusammenschließen und einen entschiedenen Kampf führen.

Kurz berichtet

BONN

Die erste Nummer der „Roten Presse" gaben die Genossen von VAW/VLW in Bonn heraus. Sie schreiben dem RM dazu: „Die Betriebszeitung ist im allgemeinen gut angekommen bei den Kollegen, weil sie konkret bei der Situation im Betrieb



anpackt. So meinte ein Kollege zu einem Genossen im Betrieb, was in der ‚Roten Presse' stehe, das sei alles richtig. Er selbst wäre schon seit 32 Jahren im Betrieb und könnte das bestätigen."

KIEL

Zur Unterstützung der Kieler Antifaschisten, denen der Prozeß gemacht werden soll, weil sie der Nazi-Hetze der NPD entgegengetreten sind, organisierte die Partei am Sonnabend einen Propagandaeinsatz. Die Genossen vom AP-Trupp führten ein Stück auf, in dem gezeigt wurde, wie der bürgerliche Staat auf der einen Seite die faschistischen Banden unterstützt und fördert und auf der anderen Seite Kommunisten ins Gefängnis wirft. Schon bei der ersten Aufführung blieben etwa 60 Werktätige stehen und klatschten Beifall. Bei der zweiten Aufführung waren es noch mehr. Auch um den Literaturtisch der Partei bildeten sich immer wieder Trauben von interessierten Kollegen, die mit den Genossen diskutierten.

Dieser Erfolg der Partei war der Kieler Polizei offenbar ein Dorn im Auge. Sie rückte mit mehreren Streifenwagen an. Aber unter dem Schutz der Massen gelang es den Genossen vom AP-Trupp, zu entkommen. Die Polizisten nahmen, von einem Spitzel geführt, die Verfolgung auf. Dabei schrie der Spitzel: „Kopf ab!" Ein Polizist antwortete bedauernd: „Wir dürfen ja nicht." Trotz aller Anstrengungen konnten diese Typen keinen der Genossen erwischen.

FREIBURG

Anfang Oktober wurden die Essenspreise in den Mensen der Universität erhöht, wobei natürlich die Essensqualität gleichblieb. Dies stieß auf große Empörung unter den Studenten.

Der reaktionäre AStA an der Universität versuchte die Empörung abzublocken, indem er zum Boykott der Cafeteria (bei der es keine Preiserhöhung gab) aufrief, nicht aber zum Boykott der Mensen. Der KSB/ML griff zusammen mit einigen anderen Organisationen in den Kampf ein und rief zum totalen Mensaboykott auf. Die meisten Studenten folgten diesem Aufruf. Die Universitäts-Bürokratie antwortete mit dem Einsatz der Polizei. Die Polizei riegelte die Essensmarkenautomaten ab und verteilte Flugblätter, in denen sie verkündete: „Wir sind dazu da, um die Meinungsfreiheit zu schützen." Trotz dieser massiven Einschüchterung der Studenten durch die Polizei dauerte der Boykott eine Woche lang. Der Verrat des reaktionären GEW-AStAs und der MSB-Revisionisten aber verhinderte, daß der Boykott solange fortgesetzt wurde, bis die Essenspreiserhöhung vom Tisch ist.

Konjunkturforscher...

Fortsetzung von Seite 1

nur den einen Prozeß: daß die Kapitalisten das Arbeitervolk ausbeuten und daß sie immer mehr Besitz, immer größeren Reichtum in ihren Händen konzentrieren. Der Arbeiter besitzt praktisch nur seine eigene Arbeitskraft. Er muß sie an den Kapitalisten verkaufen, der im Besitz der Produktionsmittel ist, muß für den Reichtum und Luxus der Kapitalisten schuften. Den Mehrwert über seinen Lebensunterhalt hinaus, den der Arbeiter schafft, eignet sich der Kapitalist an.

Auch wenn es den Arbeitern bisweilen gelingt, sich einen höheren Lohn zu erkämpfen, wenn sich ihre wirtschaftliche Lage vorübergehend verbessern kann — letztlich wird die Kluft zwischen ihnen und den Kapitalisten, zwischen arm und reich, immer größer. Mit steigender Produktivität der Arbeit wächst der Besitz der Kapitalisten, wächst der Mehrwert, den sie aus der Arbeit ihrer Lohnsklaven ziehen. Mit den Wirtschaftskrisen kommt zu der relativen Verarmung der Arbeiter auch noch zunehmend direktes Elend. Wir sehen das in den letzten Jahren wieder deutlich. Heute geht es uns Werktätigen schon erheblich schlechter, als noch vor Beginn der Wirtschaftskrise.

Deshalb ist das Geschwätz vom „Umverteilungsprozeß" nichts als Lüge. Die statistischen Spiegelfechtereien der von den Kapitalisten ausgehaltenen Wirtschaftsforscher können über die reale Wirklichkeit nicht hinwegtäuschen. Es spricht allerdings Bände über den durch und durch reaktionären Charakter des DGB-Apparats, daß auch sein Wirtschaftsforschungsinstitut die gleiche Verdrehung der Tatsachen betreibt und ebenfalls das Märchen auftischt, die Einkommen der Arbeiter und Angestellten seien stärker gestiegen als die Gewinne.

Sicherlich spricht der DGB-Apparat im Gegensatz zu den „Fünf Weisen" nicht offen von Lohnverzicht. Scheinheilig erklärt er, zur „Ankurbelung der Konjunktur" sei es nötig, „die Massenkaufkraft zu stärken". Damit soll der Eindruck erweckt werden, der DGB-Apparat setze sich für die Interessen der Arbeiter ein. Dabei arbeitet er doch in Wahrheit mit allen Tricks und Mitteln darauf hin, den Lohnkampf der Arbeiter zu sabotieren und zu verhindern. Er bereitet doch immer wieder dem Reallohnabbau den Weg.

Mit dem ganzen Hin und Her, ob nun Lohnverzicht oder Kaufkrafterhöhung aus der Krise herausführt, soll letztlich verschleiert werden, daß die Wirtschaftskrisen und die Arbeitslosigkeit nichts mit zu hohen oder zu niedrigen Löhnen zu tun haben, sondern ein unvermeidliches Produkt der kapitalistischen Ausbeuterordnung sind. Es soll so darüber hinweggetäuscht werden, daß die inneren Widersprüche des Kapitalismus unweigerlich zu immer verheerenderen Krisen führen und daß auf die Dauer Arbeitslosigkeit, Not und Elend unausweichlich noch weit schlimmere Ausmaße annehmen werden.

Die Bourgeoisie fürchtet sich davor, daß die ausgebeuteten und unterdrückten Massen sich gegen dieses verrottete kapitalistische System erheben, daß sie erkennen: Der einzige Ausweg für sie ist der rücksichtslose, unversöhnliche Kampf gegen die Kapitalisten und gegen dieses Ausbeutersystem, ist letztendlich der gewaltsame Sturz der Herrschaft der Kapitalistenklasse durch die bewaffnete Erhebung der Arbeiter im Bündnis mit den anderen Teilen des werktätigen Volkes, ist die Errichtung der Diktatur des Proletariats und der Aufbau des Sozialismus.

Nach Berichten der bürgerlichen Presse hat Bundeskanzler Schmidt ziemlich verärgert auf das „Herbstgutachten" reagiert. Natürlich keineswegs wegen der Lügen über die angebliche „Umverteilung" zugunsten der Arbeiter. Genauso wenig distanziert sich Schmidt von den unverschämten Lohnverzichtsparolen. Das einzige, was Schmidt an der Konjunkturprognose aufregt, ist die „pessimistische" Einschätzung der künftigen Wirtschaftsentwicklung. Das paßt ihm nicht in seine Beschönigungspropaganda, in seine selbstherrlichen Sprüche von der angeblich „erfolgreichen" Wirtschaftspolitik seiner Regierung. So zeterte Schmidt: „Die Herren haben sich schon so oft geirrt, wir anderen sollten uns davon nicht beirren lassen."

Jahrelang hat Schmidt den Werktätigen einen wirtschaftlichen Aufschwung versprochen, der zum Abbau der Arbeitslosigkeit führen werde. Jetzt, wo diese Ankündigungen sich als leeres Geschwätz und Illusionsmacherei erwiesen haben, versucht er es so hinzudrehen, als wären er und seine Minister selbst nur den unzuverlässigen Prognosen der „Fünf Weisen" aufgesessen. Aber damit kann er nicht mehr verwischen, daß er der Sachwalter der Monopole ist, der die Aufgabe hat, das Volk zu betrügen und die Krisenlasten den Werktätigen aufzubürden.

Offen gesagt ... Notwehr?

„Notwehr, wenn ein Polizeibeamter mit gezogener und vorgespannter Pistole auf einen Lebensmüden zugeht"? Diese Frage stellte sich sogar die „Westdeutsche Allgemeine" anläßlich eines Prozesses, der letzte Woche in Bochum über die Bühne ging. Angeklagt war der Polizeioberwachtmeister Dieter A. Er hat ein Menschenleben auf dem Gewissen, das Leben des 17jährigen Rudolf Pollaczek.

Was war geschehen? Am 24. Juli dieses Jahres hatte Rudolf Streit mit seinem Bruder bekommen. Er hatte ein Brotmesser in der Hand und stieß vor dem Haus Drohungen gegen seinen Bruder aus, drohte wohl auch, sich selbst umzubringen. Rudolf war zu diesem Zeitpunkt stark angetrunken, das Messer fiel ihm, wie Zeugen berichteten, mehrmals aus der Hand. Die Familie alarmierte schließlich einen Streifenwagen. Immerhin vier Beamte, die alle mit Schlagstöcken bewaffnet waren, rückten an.

Sie redeten auf den Jugendlichen ein, und niemand hat gesehen, daß er dabei in irgendeiner Weise die Beamten bedroht hätte. Da trat plötzlich der Oberwachtmeister A. an Rudolf heran, die Pistole in der ausgestreckten Hand, und jagte ihm aus kürzester Entfernung eine Kugel durchs Auge in den Kopf. Und jetzt entscheidet die Bochumer Strafkammer: Notwehr! Das ist eine gemeine Verhöhnung der Angehörigen Rudolfs, die in dem Prozeß als Nebenkläger aufgetreten sind.

Man muß sich einmal die Begründung dieses Skandalurteils anhören. Da heißt es: „Der Beamte war in akuter Lebensgefahr". Obwohl an jenem Julitag vier ausgebildete Polizisten gegen einen betrunkenen Jugendlichen standen, der überhaupt keine Anstalten zu einem Angriff machte. Weiter heißt es: „Es genügte nicht, den Angreifer zu verletzen." Das muß man wahrhaftig zweimal lesen. Es genügte nicht, Rudolf zu verletzen? Also mußte er kaltblütig abgeknallt werden? Das ist die unverhüllte Legalisierung des Todesschusses, ein Freibrief für jeden Polizisten, wann immer es ihm gefällt, sich bedroht zu fühlen, das Leben eines Menschen auszulöschen.

Wie die Zeitungen berichten, ist der Richter bei seiner unverschämten Urteilsbegründung den Ausführungen des Waffenexperten und Schießlehrers der Bochumer Polizei, Otto Hass, „gefolgt". Das heißt auf deutsch: Er hat aus den Aussagen dieses feinen „Experten" sein Urteil gezimmert. Und Herr Hass kennt sich in Sachen „Notwehr" wahrhaftig aus. Die von ihm ausgebildeten Beamten sind im ganzen Ruhrgebiet berüchtigt. Einen Tag vor dem Todesschuß gegen Rudolf Pollaczek streckten sie den Feinmechaniker Frank Reichenberg nieder. Am 2. Juli erschossen sie den Fuhrunternehmer Gustav Schlichting. Im Herbst letzten Jahres wurden der Angestellte Günter Send und die Studentin Ulla Viehaus auf offener Straße niedergeschossen. Und immer „Notwehr". Und immer fand sich ein Gericht zum Freispruch bereit, falls es überhaupt ein Verfahren gab. In diesem Staat ist eben das Unglaubliche, daß solche Todesschützen frei herumlaufen dürfen, das Normale. Es ist derselbe Staat, der einen Kappler, vielfacher Geiselmörder, seinen geruhsamen Lebensabend verbringen läßt.

Ein solcher Staat ist, wie sehr es auch seine Vertreter beteuern mögen, niemals ein Vertreter der Werktätigen. Er ist ein Gewaltapparat der herrschenden Klasse und muß als solcher bekämpft werden.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 463. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231 / 433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Genosse Ernst Aust aus der Sozialistischen Volksrepublik Albanien zurück

Auf Einladung des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens war Genosse Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML, kürzlich in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien. Genosse Enver Hoxha, Erster Sekretär der Partei der Arbeit Albaniens, empfing Genossen Ernst Aust zusammen mit anderen Delegationen marxistisch-leninistischer Parteien, die am 7. Kongreß des Verbandes der Jugend der Arbeit Albaniens teilgenommen haben. Während seines Aufenthaltes in Albanien fand eine sehr herzliche und freundschaftliche Unterredung zwischen Genossen Ernst Aust und dem Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens, Genossen Ramiz Alia, statt. Die Gespräche, die vom Geist marxistisch-leninistischer Einheit und des proletarischen Internationalismus gekennzeichnet waren, betrafen Probleme von gemeinsamem Interesse.

Während seines Aufenthaltes in Albanien besuchte Genosse Ernst Aust die Bezirke Elbasan, Korça, Pogradec und Tropoja, wo er mit Kommunisten, Arbeitern und Genossenschaftsbauern verschiedener industrieller und landwirtschaftlicher Betriebe zusammentraf. Er hatte auch eine herzliche Unterredung mit Leitern, Lehrern und Hörern der Parteihochschule „Wladimir Iljitsch Lenin". Bei diesen Treffen bekundeten die albanischen Kommunisten und Werktätigen Genossen Ernst Aust ihre brüderliche Solidarität mit dem revolutionären Kampf der deutschen Marxisten-Leninisten gegen die beiden Supermächte, die Monopolbourgeoisie und die Reaktion, den modernen Revisionismus und Opportunismus und gegen die Versuche der Bourgeoisie, die KPD/ML zu verbieten.

Wir drucken im folgenden ein Interview ab, das Genosse Ernst Aust Radio Tirana gab.

Genosse Aust, Sie weilten einige Tage in unserer Sozialistischen Volksrepublik Albanien und waren Gast beim 7. Kongreß des Verbandes der Jugend der Arbeit Albaniens in Elbasan. Was hat Sie am meisten beeindruckt?

Zweifellos der Jugendkongreß selbst, die Aufgeschlossenheit, die Begeisterung, die Einheit und Kampfbereitschaft der albanischen Jugend. Es ist sicher, daß sich diese Jugend ihrer Väter würdig erweisen wird, der ruhmreichen Helden des antifaschistischen Befreiungskampfes, des Kampfes gegen die imperialistisch-revisionistische Einkreisung, die unter den schwierigsten Bedingungen das bis heute Erreichte schufen. Es ist sicher, daß sie mit gleicher marxistisch-leninistischer Klarheit und kommunistischer Kühnheit den sozialistischen Aufbau ihres Landes vorantreiben und ihre Heimat selbstlos und mutig gegen jeden Angriff, sei er ideologischer, politischer, ökonomischer oder militärischer Art, verteidigen wird. Welch großartige Perspektive bietet sich der albanischen Jugend! Ohne wie in den kapitalistischen Ländern vom Geldbeutel des Vaters abhängig zu sein, mit gleichen Bildungschancen, stehen ihr alle Möglichkeiten des Lernens, der Ausbildung offen. Sicher wird sie sie nutzen, um ihr Wissen, ihre Fähigkeiten ständig zu erhöhen, wird sie sie einsetzen im sozialistischen Aufbau ihres Landes als ihren eigenen unschätzbaren Beitrag zur sozialistischen Weltrevolution.

Als Sie, Genosse Aust, vor wenigen Tagen zu den Jugendlichen, die an der Bahnstrecke Prenjas — Guri i Kuq ihren freiwilligen Arbeitseinsatz leisten, sprachen, erwähnten Sie auch die Lage der Jugend in Westdeutschland. Könnten Sie hier kurz Ihre Schilderung wiederholen?

Die Lage der Jugend in Westdeutschland ist katastrophal. Hunderttausende ohne Hoffnung auf eine anständige Ausbildung, ohne Arbeit, vergrößern sie ständig steigend das Millionenheer der Arbeitslosen, kaum, daß sie die Chance haben, in dem nächsten Jahrzehnt Arbeit zu finden. Bestenfalls lehrt man sie, in Polizei- oder Armeeuniformen auf Bruder und Schwester, Vater und Mutter zu schießen oder in einem imperialistischen Weltkrieg den Monopolherren als Kanonenfutter zu dienen. Aber auch die Lage der werktätigen Jugend ist nicht wesentlich besser. Als Lehrlinge doppelt ausgebeutet, lernen sie, sich in die kapitalistische Tretmühle einzuordnen, nach oben zu dienern, nach unten zu treten, wie ihre Väter Lohnsklaven des Kapitals. Durch Schule und Kirche, über die Massenmedien wie Fernsehen, Radio, Film, Presse versucht die bürgerliche Gesellschaft die Heranwachsenden zu krassen Egoisten, Individualisten zu erziehen, die sich willig den kapitalistischen Dschungelgesetzen des Kampfes aller gegen alle unterwerfen. Die Vorbilder, die man dieser Jugend bietet, sind der Gangster, der Supermann, schießende Polizisten oder auch der nazistische Kriegsverbrecher. Mit Mode, Beatmusik, Poprummel, Pornographie versucht die Bourgeoisie, die Jugend vom Klassenkampf abzuhalten. Betrinkt euch, raucht Haschisch, nehmt Drogen, vergewaltigt einmal ein Mädchen oder stehlt einer alten Frau die Geldbörse — sagt sie — alles nicht so schlimm, aber werdet ja nicht revolutionär!

Offensichtlich gibt es aber auch eine andere, eine revolutionäre deutsche Jugend, wie die Jugendorganisation Ihrer Partei, die Rote Garde, beweist. Wie weit ist sie, wie weit ist die Partei, die KPD/ML, den Verfolgungen und Repressionen der Bourgeoisie ausgesetzt?

Die KPD/ML und die Rote Garde unterliegen im gleichen Maße der Verfolgung des Klassengegners. Das beginnt bereits in der Schule, wo Rotgardisten wegen ihrer politischen Einstellung von der Schule verwiesen werden. Es setzt sich fort über die Berufsverbote für z. B. kommunistische Lehrer und Ärzte bis hin zu den Arbeitern, die wegen ihrer revolutionären politischen Einstellung Arbeit und Brot verlieren. Schützenhilfe leisten der Bourgeoisie dabei die modernen Revisionisten der DKP, die, wenn sie wissen oder vermuten, daß ein Arbeiter Mitglied der KPD/ML ist, ihn bei der Betriebsleitung denunzieren, um seine Entlassung zu erreichen. Seit ihrer Gründung waren die Partei und ihre Jugendorganisation dem Terror des Klassengegners ausgesetzt. In die Millionen DM gehen die Geldstrafen, die Genossen wegen ihrer kommunistischen Agitations- und Propagandatätigkeit zu zahlen hatten und haben. Immer häufiger werden Gefängnisstrafen ausgesprochen und Genossen eingekerkert. Schon die Behauptung der Tatsache, daß die Deutsche Bundesrepublik ein imperialistischer Staat ist, in dem die Kapitalisten die Arbeiter ausbeuten, genügt, um ins Gefängnis zu kommen.

Während unseres Aufenthaltes hier in Albanien erfuhren wir durch den Nachrichtendienst, daß in der Bundesrepublik die CDU beschlossen hat, über den Bundesrat beim Bundesverfassungsgericht den Antrag zu stellen, unsere Partei zu verbieten. Wie in den Jahren 1933, 1956 soll das Proletariat seiner legalen kommunistischen Vorhutpartei beraubt werden. Nun trifft auch dieser Antrag unsere Partei nicht unvorbereitet. Als konsequente marxistisch-leninistische Partei ist sie in der Lage, ohne große Verzögerung eine Kampfform mit der anderen zu vertauschen. Natürlich werden wir einen offenen Kampf gegen das drohende Verbot führen. Die Demonstration der rund 16.000 am vergangenen Wochenende in Bonn, an der auch andere verfolgte Revolutionäre teilnahmen, ist ein eindrucksvoller Beweis hierfür.

Wie sehen Sie, Genosse Aust, die weitere Entwicklung der Krisenlage in der Deutschen Bundesrepublik und welche Aufgaben ergeben sich daraus für die aufrechten marxistisch-leninistischen Kräfte unter den Bedingungen der Aktivierung der Reaktion im Lande?

Ein Ende der Krise, in der sich die kapitalistische Wirtschaft der Bundesrepublik befindet, ist nicht abzusehen. Im Gegenteil, es ist zu erwarten, daß sie sich weiter verschärft. Das weiß auch die Bourgeoisie, und sie bereitet sich auf die kommenden, schärferen Klassenschlachten vor. Und ihre Vorbereitungen heißen Lüge, Drohung, Einschüchterung, heißen sich ständig verschärfender Polizei- und Justizterror gegen die werktätigen Massen, die Arbeiterklasse und ihre kommunistische Partei. Bereits heute zählt die Bundesrepublik neben dem monarchofaschistischen Spanien zu den reaktionärsten Staaten Westeuropas. Und wieder, wie bereits vor 1933, spielen die Sozialdemokratie und heute in ihrem Windschatten die modernen Revisionisten die Rolle des Wegbereiters des Faschismus. Wie keine Regierung zuvor hat die SPD/FDP-Regierung den polizeilichen und geheimdienstlichen Unterdrückungsapparat ausgebaut und verstärkt. Mit zahlreichen neuen Terrorgesetzen schränkt sie die demokratischen Rechte des Volkes weiter ein. Unterstützt von der CDU/CSU und einer gleichgeschalteten Presse hat sie in bewährter Nazimanier die Entführung des Präsidenten des Industrieverbandes, Schleyer, durch eine Handvoll sogenannter Terroristen zum Vorwand nehmend, eine Pogromhetze gegen fortschrittliche, demokratische, revolutionär-kommunistische Kräfte gestartet, wie es sie in Westdeutschland bisher kaum gab. Die Entführung zum Vorwand nehmend, versucht sie durch zigtausend Hausdurchsuchungen, Fahrzeugkontrollen, durch bis an die Zähne bewaffnete Polizisten die Bevölkerung einzuschüchtern, sollen neue Gesetze ihr helfen, nach faschistischer Art Revolutionäre, Kommunisten in Vorbeugehaft bzw. lebenslängliche Sicherheitsverwahrung zu nehmen. All das zeigt, wie weit der Prozeß der Faschisierung, der schleichenden Errichtung des Faschismus unter dem Deckmantel der Aufrechterhaltung bürgerlich-parlamentarischer Formen in Westdeutschland bereits gediehen ist. Es zeigt die Notwendigkeit der Schaffung einer breiten antifaschistischen Front. Die Partei aber, die KPD/ML, wird legal oder illegal mit aller Kraft und Entschiedenheit dafür kämpfen, daß sich ein neues 1933, in welcher Form auch immer, nicht wiederholt. Sie wird wie bisher der konterrevolutionären Gewalt der Ausbeuter die revolutionäre Gewalt der Ausgebeuteten entgegensetzen mit dem Ziel der Errichtung eines vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschland.

(Gesendet von Radio Tirana am 23. 10. 77)

"Freiwillige" Zusatzrentenversicherung in der DDR

Seit einiger Zeit wird in der DDR die Werbetrommel für die sogenannte „Freiwillige Zusatzrentenversicherung" gerührt. Man schildert die Vorteile in den buntesten Farben — etwa mehr Krankengeld nach sechs Wochen Krankheit — und erklärt die zusätzliche finanzielle Belastung für die Werktätigen für absolut unerheblich. Nach vier Jahren Rente, so heißt es, habe man das Geld bereits wieder heraus usw. Im Juli 1976 wurde eine zusätzliche Verordnung erlassen, die angeblich weitere Verbesserungen zur Folge hatte.

Aber es fragt sich doch: Wenn diese Einrichtung nur Vorteile für die Werktätigen mit sich bringt, warum dann dieser Reklamerummel? Warum dann indirekte und direkte Zwangsmaßnahmen? Denn mit der vielgepriesenen „Freiwilligkeit" ist es nicht so weit her.

So erhalten die Betriebe Auflagen, einen Beitrittsstand von 60-70% der Berechtigten zu erreichen. Diese Auflagen werden in die Betriebskollektivverträge aufgenommen. Leiter, die noch nicht Mitglied sind, werden nach oben weitergemeldet. In einigen Betrieben werden die Leiter an der Werbung für die „Freiwillige" Rentenzusatzversicherung „interessiert", d. h. die Höhe ihrer Jahresendprämie wird vom Beitrittsstand in ihrem Bereich abhängig gemacht. Auf diese Weise wird über die Leiter auf die einfachen Werktätigen Druck ausgeübt. Lohn- bzw. Gehaltserhöhungen kommen oftmals nur noch zustande, wenn der Betreffende FZRV-Mitglied ist. Ist man als Beitrittsberechtigter mehr als sechs Wochen krank und nicht Mitglied in der „Freiwilligen" Rentenzusatzversicherung, so bekommt man die früher zu den 50% Krankengeld gewährte Notfallunterstützung von der Gewerkschaft nicht mehr. So sieht Honeckers „Freiwilligkeit" aus. Daß die Honecker-Clique die Werktätigen in der DDR zu ihrem „Glück" zwingen muß, zeigt, daß es mit den Vorteilen der „Freiwilligen" Rentenzusatzversicherung nicht so weit her sein kann, daß die Sache einen Haken haben muß.

Und so ist es auch. Hinter vorgehaltener Hand kann man in der DDR hören, daß mit den Geldern der Zusatzrentenversicherung die sozialpolitischen Maßnahmen abgesichert werden müssen. Die gleichen „Errungenschaften" also, die von Honecker & Co. als Ergebnisse des „Arbeiter- und Bauernstaates" so großmäulig gepriesen werden, sollen jetzt von den Werktätigen durch zusätzliche Abgaben getragen werden. Denn was ist dieses Geld für die neue Bourgeoisie in der DDR anderes als ein langfristiger, zinsloser Kredit — mal ganz abgesehen von jenen Werktätigen, die sterben, bevor sie das Rentenalter erreicht haben? Die „Freiwillige" Zusatzrentenversicherung ist so eine typisch kapitalistische Methode, die Lasten der ökonomischen Schwierigkeiten in der DDR auf die Werktätigen abzuwälzen.

Denn wie im Westen denkt natürlich auch die neue Bourgeoisie im Osten selbst nicht im geringsten daran zu sparen. Sie wirft weiterhin für ihr Luxusleben das aus den Werktätigen herausgepreßte Geld zum Fenster heraus. Während sie so ihrem Schmarotzerleben frönen, sollen die Werktätigen eine längst fällige grundsätzliche Erhöhung der Alters- und Invalidenrente selbst finanzieren. Diese Herren, die sich um ihre Altersversorgung keine Gedanken zu machen brauchen, nutzen die Sorge der Werktätigen um ihre Zukunft aus. Viele Kollegen sehen das und reagieren entsprechend auf die „Freiwillige" Rentenzusatzversicherung. Meinungen wie „Ich lasse nicht über mein hart erarbeitetes Geld bestimmen" und „Ich zahle doch nicht, damit in Wandlitz (Regierungsviertel bei Ostberlin) noch ein paar Villen mehr gebaut werden können" sind keine Seltenheit.

Schwarzmarkt-Geschäfte florieren in der Sowjetunion

Eigentlich kann man von einem „schwarzen Markt" in der Sowjetunion kaum noch sprechen. Denn „schwarz", das heißt im Verborgenen, brauchen die sowjetischen Spekulanten ihre Waren nicht anzubieten. Ihr „Schwarzmarkt-Geschäft" floriert faktisch ganz legal. Etwa auf dem Roten Platz in Moskau. Dort, in der Nähe der größten Moskauer Geschäfte können die Händler dem Käufer jederzeit ein breites Warenangebot anbieten, das in den staatlichen Geschäften nicht erhältlich ist: Schuhe, Gläser, Plastikartikel für den Haushalt, Handtaschen, Lippenstifte usw. usf.

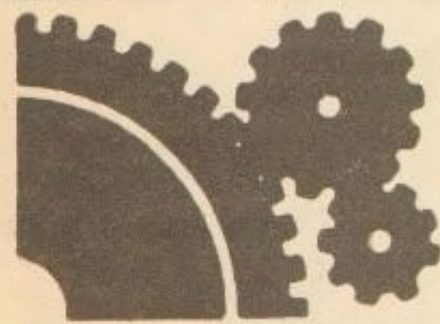
Diese Händler auf dem schwarzen Markt treiben ihre Geschäfte keineswegs auf eigene Faust. Sie gehören zu Gruppen von sogenannten „fliegenden" Händlern. Sie arbeiten im Auftrag von großen Geschäftsleuten, die eigene Fabriken besitzen, in denen sie Arbeiter beschäftigen, die mit gestohlenem oder von staatlichen Firmen gekauften Rohmaterialien die Waren für den „schwarzen Markt" herstellen.

Jeden Sonntag ist Moskau überflutet von Tausenden von Händlern aus allen Teilen des Landes, die Waren, die gerade knapp sind, auf den Markt bringen. In einer anderen Stadt, in Tula, sind es jeden Sonntag 14.000 Händler, die auf dem Markt ihre Waren anpreisen. Um den „Wert" ihrer Waren zu steigern, greifen diese Händler oft genug zum offenen Betrug. So berichtete zum Beispiel die sowjetische Zeitschrift „Komsomolskaja Prawda", daß bestimmte Geschäftsleute gewöhnliche Baumwollblusen herstellen und sie dann mit dem Stempel einer westdeutschen Firma versehen als „Westware" auf dem schwarzen Markt zu besonders hohen Preisen verkaufen. Die gleiche Methode wird auch bei einer Reihe anderer Waren angewandt.

Kürzlich berichtete die sowjetische Presse über ein Unternehmen, das gewöhnliche Ledertaschen herstellt. Die privaten Hersteller zeichneten jedes Produkt mit dem Namen der großen amerikanischen Firma aus, die die Zigarettenmarke „Malborough" herstellt. Dadurch erzielte es bei seinem Geschäft große Profite, denn auf diese Weise konnte es die Taschen 15 mal teurer als gleichwertige Taschen verkaufen. Wie hoch die Preise sind, die für solche „Westwaren" erzielt werden, zeigt eine andere Meldung der „Komsomolskaja Prawda", in der es hieß, daß ein Paar Jeans für 200 Dollar verkauft wurde. (Das ist das Dreifache des Durchschnittsverdienstes eines russischen Arbeiters).

Dieser „Schwarzmarkt", der unter den Augen — und deshalb ganz offensichtlich mit der Billigung — des sowjetischen Staates vor sich geht, ist ein besonders krasses Beispiel für die Verrottung, die heute in der kapitalistischen Sowjetunion herrscht.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

Terroristenhysterie — da machten die Kollegen nicht mit

Liebe Genossen,

ich arbeite in einem Zweigwerk eines großen Konzerns und bin Angestellte. Die Ereignisse der letzten Wochen haben unter den Kollegen große Diskussionen entfacht.

Als der Schleyer entführt wurde, meinte einer, „kaum ein Galgen sei hoch genug, um diesen Verbrecher an den kleinen Leuten dran aufzuhängen". Witze wie dieser machten die Runde: „Hast du schon gehört, der Baader und die Gudrun Ensslin wollten heiraten. Eines fehlt ihnen noch: den Schleyer haben sie schon, sie müssen noch den Strauß besorgen."

Die Flugzeugentführung dagegen rief den geschlossenen Protest fast aller Kollegen hervor. Zu Recht, richtete sich doch dieser Erpressungsversuch auch direkt gegen Leute wie dich und mich! Während aber Abteilungsleiter samt Handlangern geschlossen der „standhaften" Bundesregierung zujubelten, vertraten einige Kollegen: „87 Menschenleben gegen 11, kann das überhaupt eine Frage sein, da nicht auszutauschen?!" Diese Kollegen durchschauten auch sofort, daß die Bourgeoisie nicht die Menschenleben als höchstes Gut im Sinn hatte, sondern diese vielmehr kaltblütig aufs Spiel gesetzt wurden durch das Verstreichenlassen der Ultimaten, durch den Sturm auf das Flugzeug.

Ein Kollege kommentierte die reaktionären Lobtiraden der „Bild"-Zeitung: „Das sind unsere jungen Helden der Nation", zum Sturm auf das Flugzeug mit der bissigen Bemerkung: „Na ja, dann ist sich Somalia einer gewaltigen Aufstokkung der Entwicklungshilfe gewiß!" Was er nur als ironischen Witz meinte, kam am nächsten Tag als offizielle Meldung übers Radio.

Während einem schon die ganze Zeit aufgefallen war, daß sich Abteilungsleiter, nicht nur in unserer Abteilung als so etwas wie ein offizielles Sprachrohr der Politik der Bourgeoisie verstanden, wurde das ganz deutlich, als die Meldung kam, die vier RAF-Gefangenen hätten Selbstmord verübt. Da ging die Tür auf, wir saßen gerade noch bei der Frühstückspause, der Abteilungsleiter trat würdevoll ein und meinte er müsse uns eine freudige Mitteilung machen... Als bei einigen Leuten der große Jubel ausbrach, so etwa, „Endlich sind wir die Terroristen los!" schaute er prüfend in die Runde, sah einige ernste und wütende Gesichter und fragte uns, warum wir uns nicht mitfreuten. Worauf ein Kollege sagte: „Die sollen sich ermordet haben?! Nein, die sind ermordet worden!"

Da hast du so richtig den Eindruck gehabt, der Alte dachte, aha, Eintragung ins Meldebuch, Terroristensympathisanten enttarnt. Später sagte der Kollege zu mir: „Hast du mir nicht neulich erzählt, laut BVG wäre politische Propaganda im Betrieb verboten?! Da hast du's, sie halten sich nicht dran, aber wir sollen wohl!"

Am Dienstagabend saß so gut wie jeder am Fernseher. Doch wenn der eine oder andere noch gehofft hatte, wenigstens so ab 21 Uhr einen Krimi oder sonstwas zu Gesicht zu bekommen, hatte er sich getäuscht, da war nur von „Terroristen unschädlich machen", von „Die Demütigung des ganzen deutschen Volkes ist endlich vorbei"... die Rede! Am nächsten Morgen kamen dann auch einige, die gestern noch fast Sekt entkorkt hätten, recht nachdenklich zur Arbeit. Die alte wohlbekannte faschistische und nationalistische Sprache, die da durch die Pressekommentare wehte, die wollten sie nicht mehr mitmachen. Sie hatten sich nur über die Befreiung der Menschen im Flugzeug gefreut, denn da war doch auch der Kohlenhändler aus dem Nachbardorf dabeigewesen... Fast alle fragten sich auch, wie die Pistolen ins bestbewachteste Gefängnis der BRD gelangen konnten...

Nein, das war deutlich, die vielbeschworene „Einheit des ganzen deutschen Volkes gegen den Terrorismus", das wollte die Mehrheit der Kollegen so nicht mitmachen. Als dann einer auf dem Weg zur Arbeit von einer der vielen Bullensperren, die sämtliche großen Straßen unsicher machten, kontrolliert wurde, sein Kofferraum durchsucht, seine Aussagen protokolliert wurden, er nach Arbeitsplatz, Aufenthalt in der letzten Nacht und danach, warum er einen Bart trage, gefragt wurde, da meinte dann ein Kollege: „Los in der nächsten Pause setzen wir uns mal zusammen, dann will ich endlich mal wissen, ob einer von euch besser weiß, was hier gespielt wird, mir reichts jedenfalls."

Wir haben uns dann zusammengesetzt und haben über diese Beispiele imperialistischer Politik in aller Ruhe und Ausführlichkeit gesprochen. Ich habe euch das geschrieben, weil ich meine, daß es ein Beispiel ist, daß es einfach erstunkene und verlogene Propaganda des westdeutschen Imperialismus ist, daß das ganze Volk hinter ihnen stünde und in blinder Ergebenheit ihrem verstärkten Terror der letzten Zeit Beifall zollte! Selbst in unserem Betrieb, wo sonst nicht viel los ist, wo uns noch viel Honig ums Maul geschmiert wird, von wegen, ein multinationaler Konzern sei eben in der Lage, die Auswirkungen der Krise gegenüber seinen „Mitarbeitern" aufzufangen, selbst da wissen die Kollegen sehr wohl zwischen Freund und Feind zu unterscheiden!

Rot Front!
Eine Genossin aus Hannover

Protestmarsch auf Flensburger Werft

Liebe Genossen,

am 3. 10. beschlossen die Vertrauensleute der FSG (Flensburger Schiffbau-Gesellschaft) einen Protestmarsch zum Verwaltungsgebäude zu veranstalten. Etwa 500 Kollegen marschierten dorthin. Der Grund war eine Aufsichtsratssitzung, bei der auch der Hauptaktionär Harmstorf anwesend war. Die Kollegen wollten von ihm wissen, wie es auf unserer Werft weitergehen soll, da keine Neuaufträge vorhanden sind. Harmstorf und der OB Adler (die Stadt ist mit über 20% an der Werft beteiligt) waren nicht bereit, vor den Kollegen Stellung zu nehmen. Harmstorf schickte seinen Obermanager Dr. Böhmer (er wurde eingestellt, um für die FSG neue Aufträge zu besorgen und den Betrieb zu rationalisieren). Böhmer sagte zu den Kollegen, sie sollten wieder an die Arbeit gehen, da jede verlorene Arbeitsstunde die Lage der Werft verschlechtern würde.

Diese Worte wurden mit einem spöttischen Gelächter bei den Kollegen aufgenommen. Böhmer vertröstete die Kollegen auf die nächste Betriebsversammlung, wo er über die Lage der Werft Stellung beziehen wollte. Da auch die VKL die Kollegen aufforderte, wieder an die Arbeit zu gehen, marschierten die Kollegen an ihre Arbeitsplätze zurück. Die meisten Kollegen begrüßten diesen Protestmarsch, da ihre Sorge um den Arbeitsplatz zum Ausdruck kam. Viele Kollegen machen sich jedoch keine Hoffnungen, daß unter Führung dieser Vertrauensleute ein entschiedener Kampf geführt werden kann.

Rot Front!
Genossen aus Flensburg

Stahlkonzerne an der Saar

Weitere Stillegungen angekündigt

Die Konzernherren der Stahlwerke Röchling haben eine Teilstillegung in dem Hüttenwerk in Saarbrücken-Burbach angekündigt. Teile des Hüttenwerks sollen „vorübergehend außer Betrieb genommen werden". Dadurch sind 3.500 Arbeiter und kleine Angestellte von Entlassung bedroht. Schon im nächsten Jahr sollen 1.000 Kollegen auf die Straße geworfen werden. Ein Teil der betroffenen Stahlwerker soll ab sofort auf verschärfte Kurzarbeit gesetzt werden.

Auch in den vergangenen Monaten hatten die Stahlkonzerne an der Saar verschiedene massive Rationalisierungsmaßnahmen und Massenentlassungen angekündigt. Vor ungefähr einem Jahr gaben sie bekannt, daß in den Eisenwerken Neunkirchen 900 und bei Röchling in Völklingen 1.600 Arbeiter und kleine Angestellte bis Ende '77 entlassen werden sollen. Anfang dieses Jahres gründeten die drei saarländischen Stahlkonzerne dann eine Arbeitsgemeinschaft für die Zusammenlegung der Roheisenschmelze ihrer drei Hüttenwerke in Dillingen. Dadurch soll in Völklingen und Neunkirchen rund 4.000 Kollegen der Arbeitsplatz geraubt werden.

Aus den bereits in Gang gekommenen und bis heute angekündigten Rationalisierungsmaßnahmen und Massenentlassungen ergibt sich, daß in den nächsten drei Jahren insgesamt rund 10.000 Stahlwerker an der Saar ihren Arbeitsplatz verlieren sollen. Wahrscheinlich jedoch bleibt diese Zahl noch hinter der Realität zurück. So hat der Monopolkapitalist Otto Wolff von Amerongen (mit 50 Prozent an den Neunkirchener Eisenwerken beteiligt) vor kurzem erklärt, es gäbe in der saarländischen Stahlindustrie 12.500 Beschäftigte zuviel. Gegenwärtig arbeiten in den drei Saarhütten 37.500 Leute. Amerongen will diese Zahl auf 25.000 herunterdrücken.

Während Profithaie wie Amerongen Tausende von Stahlwerkern um Arbeit und Lohn bringen wollen, damit ihre Profite trotz Krise hoch bleiben, ist es für die Arbeiter und kleinen Angestellten eine absolute Notwendigkeit, jeden Arbeitsplatz entschlossen zu verteidigen. Die Kollegen müssen sich zusammenschließen und einen unversöhnlichen Kampf gegen diese brutalen Angriffe der Kapitalisten entfachen. Denn je geringer ihr Widerstand ist, desto rücksichtsloser werden die Kapitalisten ihren Rationalisierungsterror verstärken und jeden Arbeiter noch mehr antreiben und schikanieren, um so noch mehr Profit aus ihm herauszupressen. Die Kollegen fühlen das. Ihr berechtigter Haß auf die Konzernherren und ihre Kampfbereitschaft wächst. Aber der reaktionäre IGM-Apparat stärkt ihnen dabei nicht den Rücken, sondern er wiegelt ab und versucht, mit Klassenversöhnungsparolen einen konsequenten Kampf zu sabotieren.

Anstatt Kampfmaßnahmen gegen die Vernichtung der Arbeitsplätze zu organisieren und voranzutreiben, läßt er Resolutionen für die Verstaatlichung der Saarhütten verabschieden, versucht er, den Arbeitern weiszumachen, durch Verstaatlichung würden die Arbeitsplätze gesichert. Das ist Betrug, denn der bürgerliche Staat ist nichts anderes, als das Werkzeug der Monopole zur Absicherung und Durchsetzung ihrer Profit- und Herrschaftsinteressen. Die Massenentlassungen im vorletzten Jahr im staatlichen VW-Konzern, die Zechenstillegungen durch die halbstaatliche Ruhrkohle AG, die Massenentlassungen in anderen halbstaatlichen Großunternehmen wie der Howaldtswerft in Kiel beweisen, daß die Verstaatlichungsparolen, die insbesondere auch von der DKP propagiert werden, die Arbeiter mit Illusionen vom Kampf abhalten sollen, um so den Angriffen der Kapitalisten den Weg zu bereiten.

Gegen die Teilstillegung und die angekündigten Massenentlassungen traten bei Röchling in Saarbrücken-Burbach am Mittwoch voriger Woche rund 1.000 Kollegen für eine Stunde in den Warnstreik. Auch in diesem Fall versuchte der IGM-Apparat, den Kampf auf den Holzweg der Verstaatlichungsforderung zu orientieren. Vertrauensleute legten mit Hilfe der SPD-Fraktion im saarländischen Landtag, der gerade zu einer Wirtschaftsdebatte zusammengetreten war, eine Resolution vor, in der die Verstaatlichung der saarländischen Stahlindustrie gefordert wird. Die Arbeiter und kleinen Angestellten werden sich jedoch auf längere Sicht nicht mit solchen Manövern irreführen lassen. Sie werden zu selbständigen Kampfaktionen übergehen und erkennen, daß ihr Kampf sich auch gegen den Staat und den arbeiterfeindlichen IGM-Apparat richten muß.

Gestorben für den Profit der Zechenherren

Fortsetzung von Seite 1

Kumpels berichteten, diese sechs, Rolf Wahl, Hermann Besseling, Friederich Maruhn, Horst Kunze, Gerhard Maletzki und Heinrich Steinkötter seien die besten der Grubenfeuerwehr gewesen. Diese sechs waren mit CO 2 Filter, Sauerstoffgeräten und Asbestanzügen ausgerüstet. Doch diese Sachen retteten sie nicht mehr.

Als der Korb sich auf der 3. Sohle befand, gab es eine Explosion mit einer Hitzewelle von etwa 1.200 Grad. Die sechs Kumpels waren sofort tot. Als sie hinunterfuhren, hatten sie noch nicht einmal die Möglichkeit, sich mit Übertage in Verbindung zu setzen, da im Korb keine Sprechanlage vorhanden war.

Ein zweiter Rettungstrupp fuhr über den Schacht 7 nach unten und begab sich über die 5. Sohle nach Schacht 3. Von dort kletterten sie durch Schacht 3 40 m hoch zum Korb. Dort fanden sie zwei Tote auf dem Korb und zwei Tote im Korb. Die anderen zwei konnte man nicht mehr finden. Auch der Kumpel Klever konnte nicht mehr gefunden werden, weil kurz danach die Rettungsversuche abgebrochen wurden.

Ein Kumpel, der mit der Frühschicht wieder hoch kam, sagte: „Wir können froh sein, daß die Explosion nicht eher passierte." Er meinte damit, daß dann die Kumpels, die dann noch unten gewesen wären, auch gestorben wären.

Viele Fragen wurden gestellt, keine Antworten...

So auch, warum einige Kumpels erst so spät herausgekommen sind. Warum ist der erste Rettungstrupp durch Schacht 3 gefahren? Es war bekannt, daß der Schacht 3 in unmittelbarer Nähe des Brandes lag, und durch Schacht 3 wurde die Abwetterluft geblasen, also auch die gefährlichen Gase. Dort kam auch der ganze Qualm und die Hitze raus. Warum sind sie nicht durch den Zuluftschacht 7 gefahren, der auch von dem zweiten Rettungstrupp benutzt wurdde?

Auch ist nicht geklärt, warum keine Verbindungsmöglichkeit zwischen Korb und Maschinenraum bestand. Welchen Auftrag hatten die sechs Bergleute der Grubenfeuerwehr?

Eines ist aber klar: Die Kohle kam über die 3. Sohle mit dem Förderband, fiel dann durch zwei Bunker in die Hauptfördersöhle. Das war die fünfte. Diese beiden Sohlen waren miteinander verbunden, sie waren das Herz der Zeche. Dort befinden sich sehr teure Maschinen.

Eines ist aber jetzt schon klar: Wie das Feuer entstand und wie es sich fortpflanzte. Der Beg galt als unbrennbar. So hieß es. Und dennoch: Das Feuer soll durch einen Defekt am Förderband entstanden sein, es soll sich dann über das Förderband ausgebreitet haben. Als das Förderband vor sechs Jahren in Betrieb genommen wurde, gab es noch keine Stahlseilgurte verlöschender Qualität.



Kollegen und Verwandte warten vor dem Zechentor auf Nachricht von den Verunglückten

Aber seit einiger Zeit sind solche Bänder entwickelt worden. Das wußten auch die Zechenbosse. Um diese aber einzubauen, hätte der Förderbetrieb für einige Tage stillgelegt werden müssen. Sie hätten also Profit eingebüßt. Deshalb mußten sieben Kumpels sterben.

Das ist für die Familien der toten Kumpels ein schrecklicher Schlag. Alle sieben waren verheiratet und hatten Kinder.

Viele Kumpels werden eine Zeitlang nicht arbeiten können. Es wird Wochen und Monate dauern, bis alles wieder läuft. Das bedeutet für die Kumpels schwere Lohneinbußen.

Kommunistischer Textilarbeiter berichtet:

"Trotz Spaltungsmanöver wächst unser Kampf"

Ein kommunistischer Arbeiter, der vor zweieinhalb Monaten in einem norddeutschen Betrieb eine neue Stelle als Textildrucker antrat, schickte uns den folgenden Bericht, der zeigt, wie die Kapitalisten immer mehr Profit aus der Belegschaft herauszuschinden versuchen, wie ihnen die Arbeiterverräter des Betriebsrats dabei Schützenhilfe leisten und wie die Kollegen jetzt begonnen haben, sich dagegen zu wehren und sich zusammenzuschließen.

Gegenüber dem Betrieb, in dem ich vorher gearbeitet hatte, machte dieser zunächst einen besseren, geordneteren Eindruck auf mich. Auch die Löhne sind etwas höher. Nach einigen Wochen aber hatte ich schon zur Genüge zu spüren bekommen, wie man auch hier rücksichtslos ausgebeutet wird. Zudem verstehe ich durch diese Erfahrungen jetzt besser, wie es möglich war, daß die bundesdeutsche Textilindustrie in den vergangenen drei Jahren eine Steigerung der Produktivität um ca. 40 Prozent erreichte und zum größten Textilexporteur der Welt aufrückte. Aber nun gleich zu meinen bisherigen Erfahrungen in diesem Betrieb.

In der Urlaubszeit, als die Maschinen generalüberholt wurden, hat man sie auf schnelleres Tempo eingestellt. Wir arbeiten im Akkord. Da könnte uns das ja recht sein, meint mancher vielleicht, kann man doch so auf einen höheren Verdienst kommen? Vielleicht wäre dem so, wenn nicht bei den teilweise extrem hochwertigen Stoffen Schwierigkeiten auftreten würden. Durch das hohe Tempo treten die bei fast allen Maschinen unvermeidlichen Abweichungen im Rapport, d. h. der Paßgenauigkeit der verschiedenen Schablonen und Farben, viel deutlicher hervor. Was da bei langsamerem Druck als 1. Wahl rausgehen könnte, wird dadurch mit Sicherheit 2. Wahl. Dazu kommt, daß man wieder eine gewisse Zeit braucht, um zu entdecken, wo ein Fehler sitzt, in welcher Schablone. Bei dem höheren Tempo erhöht sich nun diese Zeit und gleichzeitig erhöht sich auch die Zahl der fehlerhaft gedruckten Stoffmeter. Man bekommt dann alle naselang von der Geschäftsleitung einen auf den Dekkel, weil man zuviel zweite Wahl und Ausschuß produziert.

Wird nun das gleiche Muster in anderer Farbstellung weitergedruckt oder muß ein anderes Muster einrapportiert werden, dann ist es notwendig, daß alle Schablonen und Farbwannen herausgenommen, gewaschen, getrocknet und wieder eingelegt werden. Weil in dieser Zeit kein Meter bedruckte Ware durchläuft, sind die Bosse darauf aus, diese Zeiten zu drücken. Dazu sind Vorgabezeiten errechnet worden, und es wurden an allen Maschinen Fahrtenschreiber eingerichtet — von den Kollegen als „Spione" gebrandmarkt. Du hast nun an Deiner Maschine einen Zettel hängen, auf dem vermerkt ist, welche Zeit Dir bei Coloritwechsel mit soundsoviel Farben vorgegeben ist. Für jede Minute, die man darunter bleibt, gibt es pro Mann eine Prämie von 20 Pfennig. Aber selbst erfahrene Kollegen erreichen diese Prämie oft nur mit größter Anstrengung. Und es gibt dabei natürlich oft Reibereien zwischen den Kollegen. Als diese Zeiten nämlich abgenommen wurden, wurde nicht, wie jetzt nur mit 3 Mann pro Druckmaschine gearbeitet, sondern ein Vierter kam zum Waschen zusätzlich hinzu.

Wann sind die Maschinen für den Kapitalisten am rentabelsten? Dann natürlich, wenn sie täglich 24 Stunden auf Hochtouren laufen. Also wurde seit einiger Zeit das Dreischichtensystem in der Textilindustrie eingeführt. Daß Nachtarbeit erwiesenermaßen die Gesundheit der Arbeiter ruiniert, interessiert die Ausbeuter ja nicht. Da nun aber der Tag nur 24 Stunden hat, wurde kurzerhand eine achtstündige Arbeitszeit ohne Pausen eingeführt. „Großzügigerweise" ist uns erlaubt, bei der Arbeit nebenbei das Essen einzunehmen. Aber man darf sich ja nicht erwischen lassen, daß einem dabei ein Fehler nicht sofort auffällt oder daß man sich gar mal für zwei Minuten auf der Verkleidung der Maschine niederläßt.

Auf der letzten Betriebsversammlung jammerten die Bosse, die Aufträge würden nicht mehr lange reichen. Nichtsdestotrotz wird man jede Woche wieder gedrängt, doch am Samstag auch zur Arbeit zu kommen. Andererseits ist diese Samstagsschicht auch in gewisser Weise verlockend: Die Schicht geht nur über sechseinhalb Stunden, man bekommt aber einen vollen Arbeitstag ausgezahlt oder wahlweise einen Tag Urlaub gutgeschrieben.

Vor kurzem entstand nun ein großer Wirbel. Die Meister gaben bekannt, daß an den nächsten vier Wochenenden voll durchgearbeitet werden solle, samstags und sonntags an drei Maschinen mit je drei Schichten. Die Genehmigung vom Gewerbeaufsichtsamt lag bereits vor und — der Betriebsrat hatte zugestimmt.

Unter den Kollegen herrschte große Empörung. Der Betriebsrat hatte keinen informiert. So war jeder zunächst überrumpelt, als der Meister ankam und fragte: „Mit Ihnen kann doch sicher auch gerechnet werden?". Trotzdem sagten zunächst nur wenige zu. Dann wurde jedoch das Gerücht ausgestreut, es seien schon etliche Schichten voll besetzt und nur einzelne würden sich noch weigern. Nach einigem Rätselraten, wer wohl die Übereifrigen seien, bekamen wir durch Herumfragen heraus, daß noch nicht einmal eine Schicht für das kommende Wochenende voll war.

Der Betriebsrat hatte sich bei uns wohlweislich den ganzen Tag nicht blicken lassen. So kamen dann mehrere Kollegen zu mir: „Du warst doch auch schon Betriebsratsvorsitzender, Du kannst uns doch sagen, wie es rechtlich mit der Sache aussieht, mit unserem Betriebsrat hier können wir ja offensichtlich nichts anfangen." Ich klärte darüber auf, daß die Firma kein Recht hat, mehr als 40 Wochenstunden zu verlangen. Aber die Hauptfrage, die sich dann stellte: Mit den Gesetzen sitzen die Kapitalisten letztlich ja doch immer am längeren Hebel. Sie können uns nur dann nicht kleinkriegen, wenn die Mehrheit nein sagt und die Überschichten boykottiert werden. Aber dazu müssen wir Einigkeit in der Belegschaft haben und ob wir das schaffen...

In der Tat gelang es den Bossen, noch weitere Leute zum Nachgeben zu drängen und Kollegen derart gegeneinander auszuspielen, daß dann weitere Kollegen einwilligten, weil sie fürchteten, sie würden schließlich alleine dastehen und dann Repressalien auf sich ziehen. Aber schließlich blieb doch ein harter Kern konsequent. Als der Schichtplan für das erste Wochenende ausgehängt wurde, waren für den Samstag nur sechs von neun und für den Sonntag nur drei von neun vorgesehenen Schichten voll. Daraufhin zog ein Teil der Kollegen ihre Zusage wieder zurück, so daß dann auch für Samstag nur noch vier Schichten übrigblieben.

Hatte es vorher noch Streitereien unter den Kollegen gegeben, wer nun zuerst zugesagt hätte und den anderen damit in den Rücken gefallen sei, so herrschte jetzt schon wieder ein anderer Geist. Die Stimmung war kämpferisch und solidarisch geworden. Dann lief der Betriebsratsvorsitzende einer Kollegin über den Weg, die ihn zur Rede stellte. Er gab zu, den Antrag der Geschäftsleitung unterschrieben zu haben; das Gewerbeaufsichtsamt sei ja auch dafür gewesen; außerdem sei es ja jedes Kollegen eigene Sache, ob er einwillige oder nicht...

Die Wut auf den Betriebsrat stieg. Vielen Kollegen war klar, daß es ihm nur um seinen Posten, um sein gutes Verhältnis zur Geschäftsleitung ging, daß er uns bewußt hintergangen hat, indem er uns nicht einmal hinterher informierte, geschweige denn, uns vorher über unsere Meinung zu fragen. Er hatte noch nicht einmal was dagegen getan, daß durch diese Regelung einige Kollegen gezwungen werden sollten, nachdem sie am Samstag früh um 6 ihre Nachtschicht beendet hatten, bereits am Sonntag um 14 Uhr wieder zur Spätschicht zu kommen. Dabei ist das sogar nach den arbeiterfeindlichen Gesetzen dieses Staates nicht zulässig. Schon im Interesse der Gesundheit der Kollegen hätte er hier dagegen einschreiten müssen. Aber die Gesundheit der Kollegen ist ihm eben genauso egal wie der Geschäftsleitung.

Ich wies die Kollegen auch darauf hin, daß auch die übrigen sechs Betriebsräte keineswegs ihre Pflicht als Vertreter der Belegschaft erfüllt hatten. Im Gegenteil — sie mußten ja auch nach ihrer Zustimmung gefragt worden sein, und keiner hatte es für nötig gehalten, die Kollegen über den Plan zu informieren. So verbreitete sich in der Belegschaft die Parole: „Solch ein Betriebsrat ist schlechter als gar keiner. Hätten wir gar keinen, so könnte wenigstens niemand ankommen und uns vorhalten: Eure Arbeitervertreter haben die Sache doch gutgeheißen."

Inzwischen haben sich die Streitereien zwischen den Kollegen gegeben, auch zwischen denen, die am Wochenende nicht arbeiten und denen, die arbeiten. Es wurde sogar gemeinsam beschlossen, daß die am Wochenende Arbeitenden eine halbe Stunde bezahlte Pause durchsetzen sollen. Da traf die neueste Nachricht ein. Im Aushang hing eine kurze Mitteilung der Geschäftsleitung: „...teilen wir Ihnen nach Absprache mit dem Betriebsrat mit, daß entgegen der üblichen Regelung in diesem Jahr der Betrieb zwischen Weihnachten und Neujahr nicht ruhen wird."

Jetzt war Stimmung! „Ohne uns zu fragen! Wer sind denn die da eigentlich im Betriebsrat?! Die gehören abgeschossen!" So und anders waren die empörten Reaktionen der Kollegen. Da werden Samstagsschichten als Urlaubstage gutgeschrieben und wurde der Betriebsurlaub verkürzt, damit der Resturlaub für die Tage zwischen den Feiertagen am Jahresende zur Verfügung steht — und dann das! Unter dem Beifall der Kollegen riß ich ein Plakat der Gewerkschaft von einer Maschine herunter, auf dem sich die Bonzen brüsteten, in den letzten Tarifrunden den Jahresurlaub auf 26 Tage erhöht zu haben. Sofort fanden sich Kollegen, die entschlossen waren, am Montag mit zum Betriebsratsbüro zu marschieren, um den Verrätern einmal den Marsch zu blasen.

Als ich die Kollegen auf die im Frühjahr anstehenden Betriebsratswahlen ansprach, fand sich ein Kreis zusammen, der sich die Aufgabe stellte, auf den nächsten Betriebsversammlungen die Sache so richtig aufs Tapet zu bringen, die schäbige Rolle des Betriebsrats anzuprangern und darauf hinzuarbeiten, in der kommenden Betriebsratswahl eine Liste der Arbeiteropposition aufzustellen — „aber nicht wie diese Abgeordneten, sondern mit einem guten Programm für uns!". An diesem Donnerstag war die Stimmung beim Feierabend um einige Klassen besser als sonst. Das hatte seinen guten Grund: Trotz aller Spaltungsmanöver wächst unsere Einheit und unser Kampfeswille und es geht vorwärts!

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

KPD/ML

KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS / MARXISTEN-LENINISTEN, Saar

13.10.77



Wir werden behandelt wie Dreck!

Kollege P. hat eine schwerkranke Frau. Schon lang pflegt er sie mit Hilfe von Verwandten. Er muß ihr Spritzen geben und ihre Diät zusammenstellen. Sein kleiner Sohn ist geistig und körperlich behindert. Alles zusammen eine ungeheure nervliche Belastung, zumal für einen Kollegen, der „nebenher" aktiver Bergmann ist.

Eines Tages war seine Frau so schwer krank, daß sie ins Krankenhaus mußte. Nach kurzer Zeit wurde sie wieder entlassen, aber sie war noch nicht gesund. So stieg ihr Blutzucker wieder über 500. Das ist ein Notfall. Die Hausärztin überweist die lebensgefährlich erkrankte Frau wieder ins Krankenhaus. Sie schreibt „Notfall" in großen Druckbuchstaben auf den Überweisungsschein.

Und jetzt passiert das Ungeheuerliche: Das Illingerkrankenhaus lehnt schon am Telefon die Aufnahme der Patientin ab. Verzweifelt fährt der Mann mit seiner Frau im Notwagen nach Neunkirchen. Nach langem Hin und Her lehnt das Städtische Krankenhaus die Schwerkranke ebenfalls ab. Sie ist so geschwächt, daß sie nicht mehr sprechen kann, und das ist nach Auffassung des städtischen Krankenhauses ein Fall für die Nervenklinik Homburg. Unfaßbar. Aber Kollege P. kämpft weiter. 20 Jahre hat er mit ihr zusammen gelebt und gearbeitet.

Er fährt mit ihr ins Josefs-Krankenhaus. Auch dort wird die Kranke erst umständlich von Kopf bis Fuß untersucht. Die Untersuchung ergibt einen um 300 niedrigeren Blutzucker, als die Hausärztin festgestellt hat. Mit anderen Worten: Hol Deine Frau wieder mit heim, die ist gar nicht so krank. Sie fahren heim. Daß die Frau nicht gestorben ist verdankt sie der aufopfernden Pflege ihres Mannes.

Ein Verbrechen

Wenn jetzt aber einer denkt, das ist ein Verbrechen, unterlassene Hilfeleistung, Fahrlässigkeit mit kalkulierter Todesfolge, hier ist ein Unrecht am Arbeiter geschehen, da gibt es einen Täter, hier muß Anklage erhoben werden, — er ist auf dem Holzweg. Jawohl, wenn der Herr Minister das Zipperlein hat, dann rauscht es im Blätterwald, dann steht die Nation Kopf.

Der Fall eines Arbeiters, der nur den einen Fehler gemacht hat, daß er sein Leben lang mit seinem Schweiß und Blut die Schmarotzer ernährte, dieser Fall kommt nicht an die Öffentlichkeit. Die bürgerlichen Zeitungen, die Massenmedien decken die Mörder im weißen Kittel. Die Öffentlichkeit ist nur für die Besitzenden da. Die elende Lage vieler Familien und ihr Verschweigen vor der Öffentlichkeit sind eins. Zu schnell würde das Lügengebäude vom Arbeiterwohlstand zusammenbrechen.

Aber da hat sich dieser Staat geirrt, wenn er meint, über die elende Lage vieler Arbeiter den Mantel des Schweigens dekken zu können. Wir Arbeiter haben eine eigene Presse, die veröffentlicht, was unterdrückt wird, die anklagt, was gegen den Arbeiter geht. Der Fall des Kollegen P. ist

kein Einzelfall kein Zufall

Das Gesundheitswesen in unserem Staat ist dafür da, einen kaputten Arbeiter schnell zu flicken und wieder in die Produktion zu schmeißen. Das kapitalistische Gesundheitswesen dient dem Profit der Reichen. Und wer, wie die Frau des Kollegen, wahrscheinlich nie mehr schaffen kann, wen die Kapitalisten nicht mehr ausbeuten können, der kann ja krepieren.

Wir kennen das doch vom Betrieb. Es gibt zwar Röntgenreihenuntersuchungen, aber wer weiß denn, wieviel Staub er wirklich hat und wer bekommt rechtzeitig einen sauberen Arbeitsplatz? Schwerhörigkeit ist etwas, was beim Bergmann sehr häufig vorkommt, aber weder gilt das als Berufskrankheit, noch gibt es dafür Rente. Mit Rheuma ist das genau dasselbe. Die ärztliche Betreuung hat den Zweck, den Arbeiter über den wahren Gesundheitsstand zu täuschen, um ihn auszubeuten, bis er nicht mehr kann. Gleichzeitig soll er sich nicht gegen die mörderischen Arbeitsbedingungen wehren.

Der Kapitalismus macht dich krank

Daß in so einem System, in dem der Profit alles, das Leben und die Gesundheit der Proletarier nichts, zählt, skrupellose Menschenschinder als Ärzte gefördert werden, ist normal. So der Fall von Dr. Scheer in der Neunkircher chirurgischen Klinik, der trotz Warnung einem Mädchen anstatt dem Blinddarm die einzige Niere herausoperierte. Einige Zeit nach der Operation starb das Mädchen. Schadenersatz oder Bestrafung: „...unmöglich, (da) zu lange Zeit verstrichen war und kein Zusammenhang zwischen dem Tod und dem Fehler des Arztes herzustellen war." So erzählen sich auch die Kollegen von dem Dr. Manderscheid, der Genesenden brutal die Glieder verrenkt, um zu beweisen, daß keine Behinderung, kein Rentenanspruch besteht.

Solche Schinder genießen nicht nur den Schutz des Staates, sie werden auch von der Kirche fürstlich belohnt. So konnte ein Apotheker in Hüttigweiler nach anderthalbjähriger „Arbeit" sich eine Supervilla mit Swimming-pool kaufen und das schöne Grundstück dazu hat ihm die Kirche vermacht. Und es soll in unserer Gesundheitsversorgung noch schlechter werden. Ministerin Scheurlen kündigte einen breit angelegten Bettenabbau in „allen saarländischen Krankenhäusern, in allen Fachdisziplinen" an, wobei gleichzeitig die Verweildauer gekürzt werden soll.

Aber in einem haben sich die Herren von Staat und Kapital geirrt. Je mehr sich solche Fälle häufen, um so mehr wächst unsere Bereitschaft, mit diesem System endgültig Schluß zu machen. Unvermeidlich kommt der Tag, wo in der sozialistischen Revolution der Staat zerschlagen wird und eine neue Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung entsteht. Dann wird es heißen: Die ganze Fürsorge des Staates genießt das Volk. Natürlich wird es gutausgebildete Arbeiterärzte geben. Die Menschenschinder aber werden die Diktatur des Proletariats zu spüren bekommen. Allenfalls mit der Schippe in der Hand werden sie ihr Brot verdienen.

Albanien — unser Vorbild

In Albanien ist das verwirklicht. Artikel 47 der albanischen Verfassung garantiert jedem Bürger kostenlos die notwendige ärztliche Hilfe sowie Behandlung in den Gesundheitseinrichtungen des Landes. Nach dem Motto: „Einer für alle — alle für einen". Sorgen sich der Staat und das Volk gemeinsam für das Wohlergehen der Bürger. Kollege P. könnte sicher sein, daß seine Frau bestens versorgt wäre. In Albanien müssen die Angestellten, auch die im Gesundheitswesen, regelmäßig schaffen gehen. So stehen sie immer unter Kontrolle, und sie kennen die Sorgen und Nöte der Werktätigen genau. Kämpfen wir für den Sozialismus, die Gesellschaftsordnung, in der das Wohlergehen der Massen alles, der Profit, das Geschäft mit der Krankheit nichts zählt.

Korrespondenzen

Redaktion
„Roter Morgen"
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
46 Dortmund 30

Terroristenfahndung? — Einschüchterung des Volkes

Meine Tante, eine Arbeiterin, berichtete mir folgendes:

Am Freitag morgen seien ihre Kolleginnen, die mit der Straßenbahn zur Arbeit kommen, aufgeregt und empört in den Betrieb gekommen. Morgens, ungefähr um 6.30 Uhr, sei die Straßenbahn von zwei Zivilpolizisten durchkämmt worden. Am Straßenrand warteten zur „Sicherung" weitere in Autos. Viele Fahrgäste, meist Arbeiter, die um 7 Uhr Arbeitsbeginn haben, dachten, das sei eine der üblichen Fahrscheinkontrollen und zeigten ihre Fahrkarten vor. Die Polizei interessierte sich jedoch nur für Personalausweise. Wer keinen dabei hatte, mußte sich bis um 17 Uhr abends auf der Wache mit Ausweis melden. Ich finde, dieses Beispiel zeigt den wirklichen Charakter der sogenannten Terroristenfahndung ganz deutlich. Die Polizei weiß natürlich genau, daß „Terroristen" morgens um 7 Uhr nicht mit der Straßenbahn zur Arbeit fahren. Deshalb kann man solche Polizeiaktionen nur als bewußte und planmäßige Übungen des Bonner Staates gegen die Arbeiterklasse und alle Werktätigen begreifen.

Rotfront!
Ein Genosse aus Bielefeld

Polizeischikanen gegen Jugendliche

Kürzlich passierte in einem kleinen Ort in der Nähe von Wetzlar folgendes:

Beim Überqueren einer Straße wurde eine Dogge von einem PKW angefahren und erheblich verletzt. Um das verletzte Tier bildete sich rasch eine größere Menschenmenge.

Wir, einige Jugendliche, kamen gerade aus einer Diskothek und sahen den Menschenauflauf. Als wir sahen, um was es sich handelte, gingen wir zu dem Hund, um ihm zu helfen. Wir versuchten, ihm die Atemwege von Schleim freizuhalten und ihn vor Unterkühlung durch herbeigeholte Decken zu schützen. Bei den umstehenden Leuten wurden immer häufiger Stimmen laut, die nach einem Tierarzt verlangten. Die inzwischen eingetroffene Polizei wurde aufgefordert, einen Tierarzt zu verständigen. Alle angesprochenen Tierärzte weigerten sich jedoch, zur Unfallstelle zu kommen, da der Tierhalter zu diesem Zeitpunkt nicht bekannt war und die Tierärzte offenbar um ihren Verdienst bangten.

Nachdem die Polizei mitteilte, daß kein Tierarzt kommen wolle, waren viele der Umstehenden sehr empört. Die Polizei entfernte sich dann, um angeblich den Tierhalter zu suchen. Daraufhin versuchten einige Jugendliche selbst einen Tierarzt zu erreichen, was jedoch vergeblich war. Nach etwa einer halben Stunde kamen die Polizisten zur Unfallstelle zurück, ohne den Tierhalter gefunden zu haben.

Zwei der Jugendlichen gingen auf die Polizei zu, um sie zu bewegen, nochmals einen Versuch zu unternehmen, doch noch einen Tierarzt herbeizurufen. Die Polizisten lehnten jedoch ab. Darauf einer der Jugendlichen: „Wenn nicht sofort ein Tierarzt kommt, dann stirbt der Hund! Wenn das der Hund vom Schleyer wäre, wären bestimmt schon eine Menge von Kapazitäten der Veterinärmedizin da! Aber bei so einem armen Hund, bei dem der Tierhalter nicht bekannt ist, da kümmert sich kein Schwein drum!"

Bei dem Wort „Schleyer" stutzten die Polizisten und die beiden Jugendlichen wurden aufgefordert, sich sofort zur Aufnahme der Personalien in den Polizei-VW-Bus zu begeben. Doch die beiden Jugendlichen weigerten sich standhaft, irgendwelche Auskünfte zu geben und blieben bei ihren gesagten Äußerungen.

Diese Vorgänge wurden von den anderen Jugendlichen beobachtet und schnell wurde der Polizeibus umringt und die Jugendlichen forderten die sofortige Freigabe der beiden festgehaltenen Helfer. Als die Haltung der Jugendlichen immer drohender wurde, wurden die beiden schließlich freigelassen, und zwar ohne daß die Personalien herausgerückt worden sind.

Inzwischen war auch der Hundebesitzer eingetroffen, der dann auch einen Tierarzt rief. Der Hund wurde nach Hause geschafft und am nächsten Tag in die Tierklinik nach Gießen verlegt.

Ein Jugendlicher aus Wetzlar

„Wir haben genug gesehen!"

Neulich abend, als ich nach Hause ging, hab ich mich mal wieder über die CDU-Plakate mit der Aufschrift „Kampf dem linken Terror" geärgert.

Als gerade ein PKW an mir vorbeigefahren war, versuchte ich, ein Plakat abzureißen. Ich war schon ein ganzes Stück weitergegangen, als plötzlich derselbe PKW neben mir hielt; zwei Zivilbullen stiegen aus und verlangten meinen Ausweis, weil ich ein CDU-Plakat zerrissen haben sollte!

Leider hatte ich meinen Ausweis zu Hause gelassen. Das war für die natürlich gleich ein Grund, mich ins Auto zu laden, meine Personalien aufzunehmen und mich auszuquetschen, ob ich „politisch aktiv" sei, usw. Dann sind sie mit mir nach Hause gefahren, um sich meine Papiere anzusehen.

Dort angekommen, sagte ich ihnen, daß ich sie ihnen aus der Wohnung rausreichen würde, da sie in meiner Wohnung nichts zu suchen hatten. Doch sie waren so unverschämt, gleich in meine Wohnung einzudringen, wo sie sofort in mein Schlafzimmer vorstießen und anfingen, meine Sachen durchzustöbern (wobei sie es natürlich besonders auf Zeitungen und Plakate abgesehen hatten). Ich habe ihnen immer wieder gesagt, daß sie dazu kein Recht haben. Aber erst, als ich ihnen endlich meine Papiere gezeigt hatte, gingen sie mit den Worten: „Wir haben genug gesehen."

Solche Vorfälle passieren immer öfter. Jeder, der z. B. einen Haß auf die Hetzkampagne der CDU und Konsorten hat, soll jetzt den Bullen schon Gelegenheit bieten, seine Wohnung durchsuchen zu lassen? Das dürfen wir uns nicht gefallen lassen! Wehren wir uns gegen die willkürlichen Schikanen und Einschüchterungsversuche der Polizei!

Rotfront!

Unsere „soziale" Gesetzgebung

Eine Bekannte von mir erzählte mir folgendes: Sie bekommt 200 DM Rente. Zum Ausgleich bekommt sie noch 200 DM vom Sozialamt, denn wir haben ja schließlich einen „Sozialstaat". Nun war die letzte „Rentenerhöhung": Sie bekommt die erstaunliche Riesensumme von 18 DM (!) mehr. Wahrscheinlich gleicht das noch nicht mal ganz die gestiegenen Lebenshaltungskosten aus. Aber selbst über diese lächerlichen *18 DM* kann sie sich nicht freuen. Sofort bekommt sie eine Nachricht vom Sozialamt, daß sie nun von dort *23 DM* weniger bekommt wegen der „Rentenerhöhung". Sie wird stutzig und schreibt einen Brief ans Sozialamt, das könnte doch nicht mit rechten Dingen zugehen, sie hat doch nur 18 DM mehr bekommen, also könnten sie ihr doch höchstens 18 DM wieder abziehen!

Antwort vom Sozialamt: *Doch, das sei alles vollständig in Ordnung,* sie solle sich beruhigen, *die Gesetze sind nun mal so!* Das heißt also, daß es bei anderen Rentnern genauso oder ähnlich gemacht wird!

Rotfront!
Eine Genossin aus Stuttgart

Parteiveranstaltungen

Darmstadt-Eberstadt, Veranstaltung zum 60. Jahrestag der Oktoberrevolution, 4. 11. 19.00 Uhr, Jahnturnhalle, Marktstr.

Michelstadt, Veranstaltung zum 60. Jahrestag der Oktoberrevolution, 5. 11., 19.00 Uhr, Altdeutscher Hof.

Bensheim, Veranstaltung zum 60. Jahrestag der Oktoberrevolution, 6. 11., 19.00 Uhr, Dahlberger Hof.

Dortmund, Veranstaltung zum 36. Jahrestag der Gründung der PAA, 8. 11., 19.00 Uhr, Jakobsschänke, Weißenburger Str. Ausstellung von albanischen Bildern und kunstgewerblichen Gegenständen: 8. 11., ab 17.00 Uhr, Jakobsschänke.

Kiel, Veranstaltung zu den Prozessen gegen acht Antifaschisten, 11. 11., 19.30 Uhr, Gaststätte Waldmannsruh. (Prozeßtermine 14. 11., 17. 11., 21. 11., jeweils 9.00 Amtsgericht Kiel).

Aus den Beiträgen zum Artikelwettbewerb des Roten Morgen

Der 'freie' Wohnungsmarkt in Frankfurt

Frankfurt dürfte zu den Großstädten in der Bundesrepublik gehören, wo das größte Wohnungselend herrscht. Kein Wunder, die Bourgeoisie zerstört ja systematisch den Wohnraum der Bevölkerung, um profitablere Bauten (Banken, Versicherungs- und Bürogebäude) hinzustellen. Man erinnere sich nur daran, daß große Teile des Westends aus diesem Grunde zerstört wurden.

Jede Woche stehen freitags Hunderte von Menschen am „Frankfurter Rundschau"-Haus und warten auf die Zeitungen bzw. die Wohnungsanzeigen, um dann im großen Rennen um die wenigen erschwinglichen Wohnungen eine zu bekommen. Eine solche Wohnungssituation ist natürlich das geeignete Klima für Spekulanten und Mietwucherer, die neben ihrem „normalen" Profit noch hohe Extrasummen aus den Werktätigen herauspressen, die auf die Wohnungen angewiesen sind.

Unser Vermieter, der eine ganze Reihe von Häusern in Frankfurt besitzt, und auch zu dieser Sorte Betrüger gehört, ist obendrein Rechtsanwalt und Notar und nutzt die sowieso schon reaktionäre Mietgesetzgebung für seine Raffgier aus. Bei Abschluß eines Mietvertrages verlangt er eine Maklerprovision von zwei Monatsmieten, obwohl er als Eigentümer dazu eigentlich nicht berechtigt wäre. Seine ehrenwerte Gattin „arbeitet" als unentgeltliche Mitarbeiterin bei einer Maklerfirma. Die Geschäftsführerin dieser Firma ist die Schwiegermutter des Vermieters. Die Gattin kassiert dann im Auftrag dieser Scheinfirma.

Die Ausplünderungsmethoden gehen aber noch weiter. So werden die Wohnungen in den meisten Fällen unrenoviert übergeben; bei Auszug wird aber eine Renovierungskostenpauschale von 1.000-3.000 Mark verlangt, obwohl der Nachmieter die Wohnung wieder unrenoviert übernehmen muß. Das Geld wandert in voller Höhe in die Tasche des Vermieters.

Die Mieten sind völlig überhöht. Für unsere kleine Dreizimmerwohnung z. B. nimmt dieser Wucherer 450 DM plus unangemessen hoher Nebenkosten, wofür bisher niemand eine Abrechnung sah. Dafür stehen für 16 Mietparteien nur drei Mülltonnen zur Verfügung: Nachts huschen die Ratten über den Hof.

Auf diese Weise werden nicht nur wir, sondern sämtliche Hausbewohner ausgeplündert. Im gesamten Haus herrscht eine große Empörung gegen diesen Betrüger. In dieser Situation haben wir Mieter uns zusammengeschlossen und mehrere Mietversammlungen abgehalten. In den Diskussionen erfuhren wir, daß unser Vermieter von einigen ehemaligen Mietern schon verklagt worden ist. Und das mit folgendem Ergebnis: In der ersten Instanz lautete das Urteil auf Wiederherausgabe der Maklerprovision an die Mieter. Aber in der zweiten Instanz wurde dieses Urteil wieder aufgehoben. Bekanntlich hackt ja keine Krähe der anderen ein Auge aus.

Vor einiger Zeit kündigten zwei Mieter. Unser Vermieter meinte, er würde sich schon selbst um „geeignete" Nachmieter bemühen. Um die neuen Interessenten zu warnen, wurde eine deutlich sichtbare Parole: „Vorsicht Falle! Vermieter bekannt wegen Wucher und Betrug!" in den Hausflur gemalt.

Der Wucherer war außer sich. Schäumend vor Wut drohte er, die Polizei zu holen und gegen alle Hausbewohner Strafanzeige zu erstatten. Die Mieterschaft war jedoch von der Parole begeistert. Um uns zu spalten, ging der Hausbesitzer zu den verschiedenen Mietern und beschuldigte sie einzeln, die Parole gemalt zu haben. Er meinte, dies sei ein „Terroranschlag auf sein Eigentum" und wollte die einzelnen Hausbewohner mit der Androhung einer Strafanzeige einschüchtern.

Zwei Mitbewohnerinnen, die ihm schon zuvor einmal eine Mängelliste über ihre Wohnung geschickt hatten, betitelte er mit „Anarchisten" und „Terroristen" und kündigte an, er werde schon dafür sorgen, daß sie nicht in den Schuldienst übernommen würden. Die beiden sind Referendarinnen an einer Schule. Er kündigte ihnen fristlos mit der Begründung, sie seien eine „Unruhequelle" und eine „Belästigung für die übrigen Hausbewohner". Daraufhin unterschrieb der überwiegende Teil der Mieter eine Solidaritätserklärung für die beiden Frauen, in der die Angriffe gegen diese zurückgewiesen wurden.

Eine Mieterin hatte jedoch schon auf der ersten Versammlung für den Hausbesitzer Partei ergriffen mit Argumenten wie: Man hätte die Wohnungen ja nicht nehmen brauchen, jetzt dürfe man sich nicht nachträglich beschweren. Als sie die allgemeine Zustimmung der Mitbewohner für Aktionen gegen den Hausbesitzer kommen sah und dann noch die Parole im Hauseingang bemerkte, vor der einige Leute freudig diskutierten, schlug sie die Hände über dem Kopf zusammen und meinte, das seien ja lauter Kommunisten; unter solchen Leuten könne sie nicht leben. Wir werden diesen Verlust überstehen! Sie hatte, wie wir herausfanden, auch den Vermieter angerufen und ihm brühwarm alles Wissenswerte über unsere Versammlungen erzählt.

In den Diskussionen ergaben sich auch weitergehende Fragen wie z. B. über die Mietgesetze und den staatlichen Schutz solcher Spekulanten und Wucherer, so daß heute bereits einige Mitbewohner den „Roten Morgen" lesen.

Heilbronn

Kampf gegen ein US-Raketendepot

Unmittelbar angrenzend an Heilbronn liegt ein schönes Waldgebiet. Jedes Wochenende suchen Familien, Wanderer und Sportler hier Erholung vom täglichen Streß. Für die Heilbronner Werktätigen zählen diese Wälder zu den wenigen Naherholungsbereichen. Doch inmitten dieser Wälder treiben die US-Imperialisten ihr Unwesen. Auf einer großen Lichtung, der Waldheide, haben sie einen Hubschrauberlandeplatz eingerichtet, stehen ihre stacheldraht- und turmbewehrten Depots für die atomaren Gefechtsköpfe der Pershing-Raketen.

In jüngster Zeit wurden diese Anlagen modernisiert und ausgebaut. Mitten im Wald liegen auch ihre Sendeanlagen, ebenfalls in jüngster Zeit modernisiert und ausgebaut. Vor einigen Jahren wurde im selben Gebiet ein riesiges unterirdisches NATO-Tanklager angelegt, umzäunt und der Zutritt verboten.

So wurde Stück für Stück des Naherholungsgebietes geraubt und zerstört. Doch immer noch war es möglich, den größten Teil der Wälder zu betreten oder auf den von Wandervereinen ausgeschilderten Wegen schöne Touren zu machen.

Dies sollte sich schlagartig ändern. Über Nacht wurde in Zusammenarbeit von deutschen und amerikanischen Behörden 400 Hektar Wald zum gesperrten militärischen Übungsbereich erklärt. Rücksichtslos wurden Hinweisschilder für Wanderer umgeholzt und durch große Tafeln wird nun mit Lebensgefahr bei Betreten des Geländes gedroht.

Die Empörung war groß, und kurz darauf prangten auf den Schildern die Parolen: „Ami go home". Unsere Partei verteilte Flugblätter, in denen sie die Rolle der US-Imperialisten und der deutschen Behörden aufdeckte und zur Gründung einer Bürgerinitiative gegen das Sperrgebiet aufrief. Unser Zentralorgan, der „Rote Morgen" unterstützte uns durch den Abdruck eines Artikels. Aufgescheucht durch die Empörung der Heilbronner Bevölkerung beeilte sich der kapitalistische Behörden- und Propagandaapparat der Stadt, seine Unschuld und seinen Unmut zu beteuern. Die „Heilbronner Stimme" schrieb von taktischen Fehlleistungen der Behörden.

Selbst der Heilbronner Bürgermeister Hoffmann (SPD) sah sich genötigt, sein Mißfallen kundzutun und bezeichnete die Oberfinanzdirektion in Stuttgart als die eigentlich Schuldigen und als Idioten. Diese konnten das natürlich nicht auf sich sitzenlassen und plauderten aus, daß die Stadt bereits seit Juni '76 informiert war. Damit hatten die Herren der Stadt natürlich ihren Kredit verspielt.

Aus dieser peinlichen Situation half ihnen der Vorstand der Heilbronner Naturfreunde (SPD). Scheinbar entschieden, nach eigenen Worten ihrer sozialen Tradition folgend, verurteilten sie die Sperrung. Um die Bewegung in Griff zu bekommen, organisierten sie einen „Informationsmarsch" um das gesperrte Gebiet. Die meisten Teilnehmer betrachteten dies aber als Protestmarsch und hielten mit ihrer Empörung auch nicht zurück, und der Vorstand hatte seine liebe Mühe, den Mitgliedern zu „erklären", es handele sich nur um eine „informative Begehung."

Systematisch sabotierten diese Reformisten den Widerstand. Sie beschimpften die Bürgerinitiative, zerissen deren Unterschriftenliste und schüchterten Mitglieder, die sich für die Initiative interessierten oder in ihr arbeiteten, ein. Sie rühmten sich, so gute Beziehungen zu Stadt und Behörden zu haben, daß Kampf und Zusammenschluß nicht notwendig, ja sogar schädlich seien und man auf ihre Verhandlungen vertrauen solle. Die einzig richtige Forderung nach völliger Freigabe der Wälder, wie sie auch die Bürgerinitiative vertrat, reduzierten sie auf die Forderung nach Freigabe der Wanderwege.

Die bürgerlichen Schreiberlinge der „Heilbronner Stimme" machten viel Propaganda zu den Verhandlungen. Leserbriefe der Bürgerinitiativen und Presseerklärungen wurden unterdrückt, bzw. verfälscht. Und schon bald konnte man groß aufgemacht lesen: „Waldheide-Wanderweg bald wieder frei." Zwischen der Bundesvermögensverwaltung, der Oberfinanzdirektion Stuttgart, der US-Armee, den Städten Heilbronn und Weinsberg und der Gemeinde Untergruppenbach soll eine Vereinbarung geschlossen werden, die das Begehen wieder ermöglicht. Die 55 Schilder mit dem Hinweis, daß Lebensgefahr besteht, sollen überspritzt werden. Künftig soll auf ihnen zu lesen sein: „Grenze des Standortübungsplatzes — Warnung — Betreten auf eigene Gefahr. Haftung ausgeschlossen. Wege nicht verlassen".

Stolz klopften sich die Reformisten an die Brust und versuchten, dieses Ergebnis als großen Erfolg herauszustellen. Doch in Wirklichkeit wurde das Volk betrogen. Was nützt die Freigabe der Wanderwege, wenn sie durch den Militärverkehr zu Schlammwüsten gemacht wurden, wenn man keinen Schritt von ihnen abweichen darf?

Es war die Verhandlungstaktik der „linken" Helfer der Bourgeoisie, die diesen Betrug möglich machte. Was den US-Imperialisten und deutschen Behörden nicht gelungen war, nämlich den Widerstand zu kanalisieren und zu brechen, das schafften diese Reformisten. Sie dürfen sich deshalb nicht wundern, wenn sich eines Tages der Haß, den die Werktätigen auf die US-Imperialisten und die deutschen Behörden haben, auch gegen sie richten wird. Und dann werden sie es nicht mehr schaffen, den gerechten Kampf der Heilbronner Werktätigen zu sabotieren.

Interview mit Frau Weißbecker

Die Polizeilügen über den Tod von T. Weissbecker müssen entlarvt werden

Am 2. 3. 1972 wurde Thomas Weißbecker in Augsburg von der Polizei erschossen. „Notwehr" hieß es damals, obwohl alle Anzeichen dafür sprachen, daß Thomas Weißbecker von der Polizei ermordet wurde. Seine Angehörigen, insbesondere seine Mutter und seine Schwester, erstatteten damals Anzeige. Sie wurde — wie auch in ähnlichen anderen Fällen — in allen Instanzen niedergeschlagen. Jetzt haben Frau Weißbecker und ihre Tochter das Verfahren erneut aufgerollt. Der „Rote Morgen" sprach darüber mit Frau Weißbecker.

RM: Frau Weißbecker, warum haben Sie jetzt, fünf Jahre nach dem Tod ihres Sohnes, das Verfahren gegen die Polizeibeamten, die Thomas erschossen, erneut in Gang gesetzt?

Frau Weißbecker: Jetzt ist eine neue Situation entstanden, neue Fakten sind bekanntgeworden, die eine Wiederaufnahme des Verfahrens ermöglichen. Herr Maihofer hat im Rahmen der „Lauschaffären", als er im Frühjahr immer neue Abhörfälle zugeben mußte, auch zugegeben, daß die Wohnung, in der sich Thomas vor seiner Ermordung aufhielt, bewacht und über eine „Wanze" abgehört wurde. Er gab zu, daß am 2. 3., kurz vor seiner Ermordung, ein Gespräch von Thomas abgehört wurde.

RM: Wieso ändert das die Situation?

Frau Weißbecker: Uns wurde damals zum Beweis der „erwiesenen Notwehr" erklärt, man habe erst den Toten als Thomas Weißbecker identifiziert. Vorher habe man nicht gewußt, um wen es sich handele, man habe auch den Verdächtigen gar nicht verhaften, sondern nur observieren wollen. Jetzt aber sagt Herr Maihofer, daß man Thomas Weißbecker „belauscht" habe, daß Thomas aufgrund eines gegen ihn vorliegenden Haftbefehls verhaftet werden sollte, daß er sich gegen diese Verhaftung mit der Waffe gewehrt habe und deshalb erschossen worden sei. Man wußte also, wer er war, man hatte einen Haftbefehl, hat ihn aber nicht verhaftet — weder in der Wohnung, noch in der Pizzeria, in die Thomas und eine Begleiterin gingen —, sondern hat ihn auf die Straße zu seinem Auto gehen lassen und ihn dort aus 70 cm Entfernung durch einen Herzschuß getötet.

Nicht nur wir, auch viele Menschen, bei denen derartige Gewaltmaßnahmen schreckliche Erinnerungen wachrufen, sind daran interessiert, daß die Lügen über die angebliche „Notwehr" der Polizisten entlarvt und den Behinderungen unseres Rechtsbegehrens entgegengetreten wird. So schrieb uns kürzlich eine alte Dame aus Augsburg, wie betrübt sie über die Entwicklung der Justiz in Deutschland sei. Sie versicherte uns ihrer Solidarität und betonte, daß sie immer dafür eingetreten sei, daß die Erschießung von Thomas keine Notwehr gewesen sei. Sie habe von 1933-45 emigrieren müssen und sei entsetzt über die sich nun zeigende Entwicklung.

RM: Frau Weißbecker, können Sie uns kurz schildern, was am 2. 3. 72 geschah?

Frau Weißbecker: Soweit wir das konstruieren können, war Thomas mit einer Begleiterin am Vormittag in der observierten und mit einer „Wanze" versehenen Wohnung in Augsburg. Am späten Vormittag wurde — laut Maihofer — ein Gespräch zwischen den beiden abgehört. Anschließend fuhren beide in eine Pizzeria, wobei sie zugegebenermaßen von Beamten des BKA und BLKA verfolgt wurden. Nach dem Essen ging Thomas' Begleiterin zu einer Telephonzelle, während Thomas zu seinem Auto ging, um nach der Parkuhr zu schauen. (Zu diesem Zeitpunkt waren bereits verschiedene Observanten da.) In dem Moment kam ein Wagen angefahren, mit gezogener Pistole sprangen zwei Beamte heraus. Einer ging in Deckung, der andere — immer mit gezogener Pistole — ging bis auf maximal zwei Meter an den ahnungslosen Thomas heran. Ob er ihn anrief, ist nie einwandfrei geklärt worden, aber sein Schuß traf Thomas aus 70 cm Entfernung ins Herz. Nimmt man eine Armlänge von 80 cm an, so war der Schütze maximal 1,70 m von Thomas entfernt. (Laut Zeugenaussagen hatte der Polizist den vorher angewinkelten Arm ausgestreckt und geschossen.) Aus einer solchen Entfernung kann jeder, und erst recht ein ausgebildeter Polizist, einen Gegner ohne Waffengebrauch festnehmen, zumal, wenn das Überraschungsmoment auf seiner Seite ist, wie es damals der Fall war.

Und wie soll man an die „Notwehr"-Version glauben, wenn man folgende Tatumstände kennt? Ein zufällig daherkommender Polizist bekam eine MP in die Hand gedrückt, um den Tatort zu „sichern". Die Schützen und die Observanten zogen plötzlich weiße Armbinden an — wo kamen die plötzlich her? Lage und Stellung der Leiche und der Schützen wurden nicht markiert. Der Leiche wurde der Mantel oder die Jacke „aufgerissen" wie später ein Zeuge angab, und eine Pistole wurde „entfernt". Warum wurde das Beweisstück für die angebliche Notwehr entfernt und nicht an seinem Platz gelassen? Innerhalb kürzester Zeit — nach kaum drei Minuten — war ein Krankenwagen da. Selbst bei einem kurzen Weg von 1-2 km kann in dieser kurzen Zeit ein Krankenwagen nicht alarmiert, besetzt und an den Tatort gelangen — es sei denn er ist schon bekannt und startbereit. Der Tote wurde in diesem Krankenwagen abtransportiert. Normalerweise dürfen Krankenwagen keinen Toten transportieren. Und nach einem Herzschuß (Sekundentod) ist für jeden Laien, erst recht für Krankenwagenfahrer zu erkennen, daß es sich um einen Toten handelt. Aber man wollte ja zunächst die Version aufrechterhalten, Thomas sei aus weiter Entfernung erschossen worden und habe noch eine Zeitlang gelebt. In der ersten Pressemitteilung, Stunden nach dem Tod, gab das Polizeipräsidium bekannt, Thomas sei durch einen Bauchschuß getroffen worden und habe noch 1/2 Stunde gelebt. Später hieß es dann, sein Tod sei nach der Einlieferung ins Krankenhaus eingetreten. Dann hieß es wieder, Thomas habe einen Brustschuß erhalten und sei auf dem Weg ins Krankenhaus gestorben.

RM: Wie haben Sie von der Tat erfahren?

Frau Weißbecker: Wir haben zunächst in den Nachrichten von einem „Schußwechsel" gehört, bei dem ein junger Mann erschossen worden sei. Kurze Zeit später rief ein Journalist an und sagte, es handele sich um Thomas, unseren Sohn. Später wurde auch in den Nachrichten sein Name genannt. Aber es hieß noch, er lebe oder habe noch gelebt. Wir riefen das Krankenhaus an. Aber dort hatte man totale Nachrichtensperre verhängt und weigerte sich, uns überhaupt etwas mitzuteilen. Auch der Chef des Krankenhauses, den wir persönlich kannten, weigerte sich, mit uns zu sprechen. Erst einem Kollegen wurde nach langem Hin und Her in dürren Worten mitgeteilt, Thomas sei tot und sei schon tot gewesen, als er in die Klinik kam.

RM: Was haben Sie dann getan?

Frau Weißbecker: Wir haben sofort Strafantrag gestellt und versucht, Zeugen zu finden. Was dann geschah, ist ein juristisches Trauerspiel. Die Namen der beiden Beamten, desjenigen, der geschossen hat und desjenigen, der ihn gedeckt hat, wurden ebenso geheimgehalten wie der Name des Einsatzleiters. Zeugen wurden beeinflußt, so daß sie später anders aussagten als anfangs. Die offensichtlichen Lügen der Beamten A und B (wie sie in den Akten genannt werden) spielten für die Staatsanwaltschaften keine Rolle. So hatten A und B behauptet, Thomas habe noch, als er schon ins Herz getroffen, am Boden lag, nach seiner Pistole gegriffen. Das ist eine offenkundige Lüge, denn ein Herzschuß bedeutet sekundenschnellen Tod, zumal ein Schuß in die linke Herzkammer. Aber der Generalstaatsanwalt meinte: „Ob Th. W. nach der Verletzung am Boden liegend noch versucht hat, von seiner Waffe Gebrauch zu machen, ist ohne unmittelbare Entscheidungserheblichkeit." Und: „Ob Th. W. seine Waffe bereits herausgerissen hatte, ob sie ihm aus der Hand fiel, ist für die strafrechtliche Beurteilung ebenso ohne Belang wie die Feststellung, ob der Beamte A seine Waffe bereits beim Aussteigen aus dem Dienstwagen in der rechten Hand hielt oder ob er sie erst im letzten Moment aus dem Halfter zog." Im Klartext heißt das also: Ob A und B in diesem oder jenem Punkt lügen, ist ohne Belang, denn daß sie sagen, in Notwehr geschossen zu haben, stimmt auf jeden Fall. Und so wurden wir abgespeist bis zur letzten Instanz.

Besonders zynisch und menschenverachtend behandelte die Justiz meine Tochter, die ebenfalls als Klägerin auftrat. Zunächst ließ man sie als Klägerin zu. Als es aber so aussah, als ob sie vielleicht mit ihrer Klageerzwingung durchkäme, sprach man ihr das Recht, als Klägerin aufzutreten ab, mit der Begründung, sei sie „lediglich" die Schwester. „Aus diesem allgemein gehaltenen Hinweis ergibt sich jedoch nicht, daß die Antragstellerin durch den Tod ihres Bruders unmittelbar in ihrer Rechtssphäre getroffen wurde." Nach Meinung der Staatsanwaltschaften hat sich eine Schwester also einen Teufel darum zu kehren, „ist nicht betroffen", wenn ihr Bruder durch Herzschuß getötet wird. Wir möchten hier klarstellen, daß eine enge tiefe Bindung zwischen Eltern und Geschwistern bestand, was nicht ausschließt, daß es erhebliche politische Differenzen zwischen uns gab. Einer der Hauptzüge von Thomas war sein Gerechtigkeitssinn. Er verstand sich als „Marxist-Leninist" und „Maoist". Aber leider vergaß er in seiner Ungeduld, daß spontane Einzelaktionen nicht nur nichts nützen, sondern dem Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus eher schaden. Sie entfernen den Revolutionär von den Massen und lassen andererseits die Massen ohne Führung.

RM: Warum lebte Thomas im März '72 in der Illegalität?

Frau Weißbecker: Er hatte wegen einer spontanen — von ihm selbst später als falsch beurteilten — Aktion gegen einen reaktionären Reporter ein Jahr im Gefängnis gesessen. Dort hieß es sehr häufig: Einzelhaft, Einzelhofgang, Einzelbad, „Bunker". Der Haß der Staatsanwaltschaft war so groß, daß einer z. B. mir erklärte, er würde alles in seiner Macht Stehende tun, um zu verhindern, daß Thomas je wieder herauskäme. Nach dem Jahr im Gefängnis wollte Thomas legal politisch weiterarbeiten. Aber er wollte auch nicht wieder ins Gefängnis, die Erlebnisse dort, die Ohnmacht, die Isolation, das wollte er nicht wieder erleben. Als er deshalb erfuhr, daß man wieder an einem Haftbefehl gegen ihn bastelte, ging er — nicht als Schuldeingeständnis — in den Untergrund. Und nach ein paar Monaten hat man dann erst Georg von Rauch, der auch an der Aktion gegen den Reporter beteiligt gewesen war, erschossen und fast auf den Tag genau drei Monate später Thomas — durch einen Herzschuß aus 70 cm Entfernung. Todesstrafe durch die Polizei.

RM: Was wird jetzt weiter geschehen?

Frau Weißbecker: Wir haben vor einiger Zeit einen Anwalt beauftragt, uns zu vertreten, weil sich, wie schon gesagt, inzwischen neue Gesichtspunkte ergeben haben. Es wird sich zeigen, wie die Justiz darauf reagiert.

RM: Frau Weißbecker, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Begräbnis von G. Ensslin, A. Baader, J. Raspe

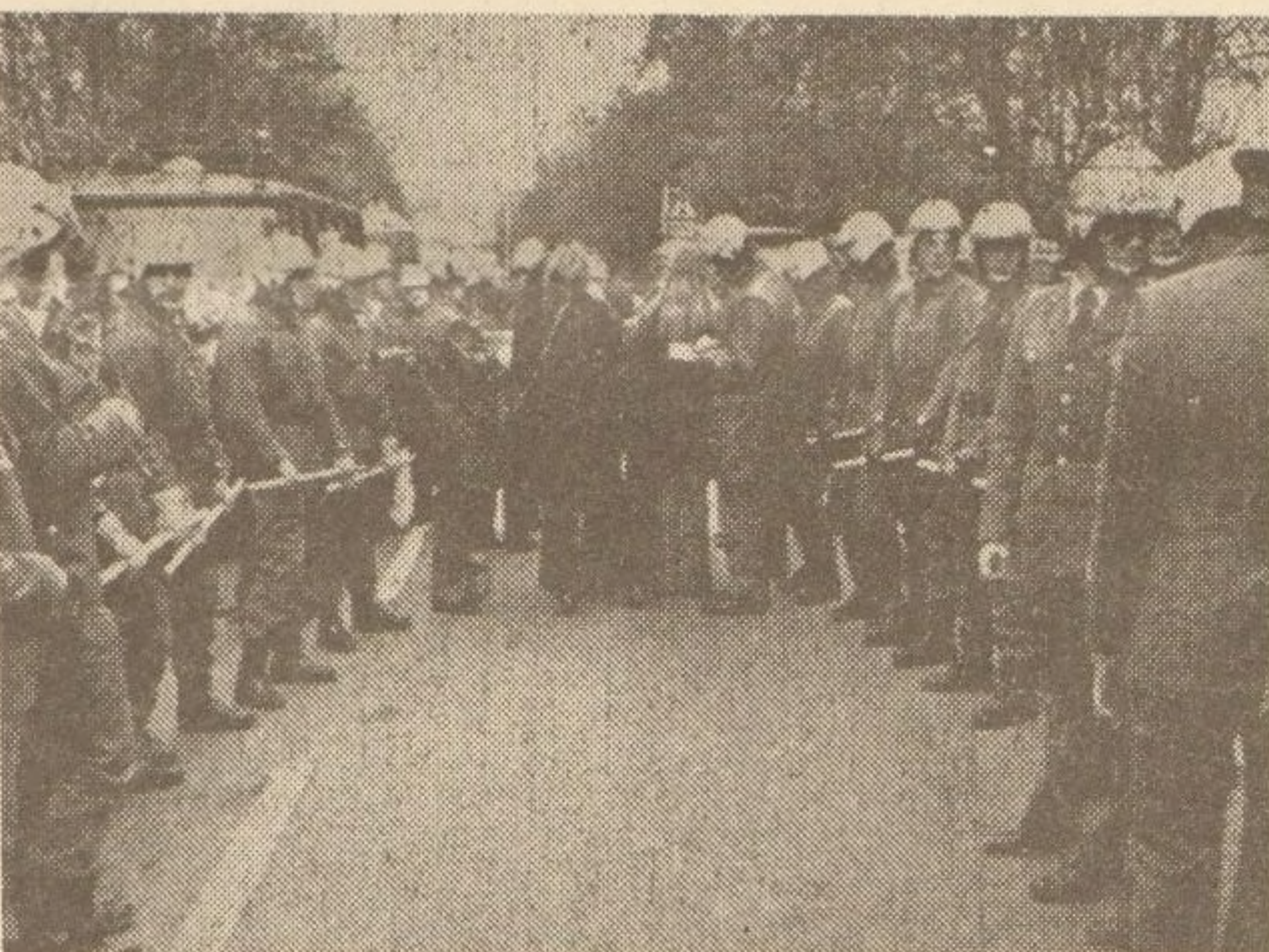
Die Hetze macht selbst vor den Toten nicht halt

Über tausend Menschen gaben am Donnerstag letzter Woche Gudrun Ensslin, Andreas Baader und Jan-Carl Raspe das letzte Geleit auf dem Stuttgarter Dornhaldenfriedhof. Sie mußten erleben, daß Hetze und Terror selbst vor den Toten nicht haltmachten. Schamlos die Hetze faschistischer Elemente vor dem Tag des Begräbnisses, die selbst nicht davor zurückschreckten, zu fordern, man solle die Toten in den Neckar oder in die Kläranlagen werfen. Schamlos aber auch die Maßnahmen der Polizei, die über den Köpfen der Trauernden ihre Observierungshubschrauber kreisen ließ, die das gesamte Friedhofsgelände mit schwerbewaffneten Polizisten, Hunde- und Pferdestaffeln umstellt hatte, von einem Hügel aus alle Trauergäste filmte und schließlich am Ausgang des Friedhofs jeden zwang, seine Personalien anzugeben.

Und schließlich schreckte man selbst vor Angriffen auf die Angehörigen nicht zurück. Springers „Bild"-Kommentar" am Tag nach der Beerdigung über den Vater von Gudrun Ensslin, der von „Mord" an seiner Tochter gesprochen hatte: „Was der Vater da gesagt hat, ist von Haß und Verblendung diktiert. So darf ein Vater nicht reden. Auch in Trauer nicht." Es ist nicht schwer abzusehen, wie diese Typen, die sich heute, angesichts der Trauer von Herrn Ensslin, noch eine gewisse Mäßigung auferlegen, vorgehen werden, wenn er auch noch in einigen Monaten zu seiner Tochter stehen, von „Mord" sprechen wird!

Die Staatsanwaltschaften haben sich beeilt, noch rechtzeitig vor dem Begräbnis von Gudrun Ensslin, Andreas Baader und Jan-Carl Raspe einen „Untersuchungsbericht" vorzulegen, der, wie nicht anders zu erwarten, „jedes Fremdverschulden" am Tod der drei politischen Gefangenen ausschließt. Aber für jeden, der die kurzen Auszüge aus diesem „Untersuchungsbericht" in der bürgerlichen Presse gelesen hat, stellen sich danach eher noch mehr Fragen, bleiben noch mehr Widersprüche ungeklärt als vorher.

— „ungeklärt" bleibt, warum aus der Pistole, die man in der Zelle Andreas Baaders fand, drei Schüsse abgegeben wurden;



Durch diese Polizeigasse mußten alle Trauergäste hindurchgehen und sich einer Personalienkontrolle unterziehen.

— „ungeklärt" ist immer noch der Zeitpunkt des Todes der drei Gefangenen;

— „ungeklärt" ist, warum die beiden Gefängnisbeamten, die sich wie die Gefangenen im 7. Stockwerk des Stammheimer Gefängnisses aufhielten, nichts hörten, während ein Beamter im 4. Stock zwischen 6.45 und 6.55 Uhr einen Schuß hörte;

— „ungeklärt" ist, wieso — wie jetzt durch den „Untersuchungsbericht" bekannt wurde — sich weder auf den beiden Pistolen noch auf dem Messer, mit dem sich Irmgard Möller vier Stichwunden zugefügt haben soll, Fingerabdrücke zu finden sind;

— „ungeklärt" bleibt, warum — entgegen früheren Behauptungen — doch ein Gefängnisbeamter vor Beginn der Untersuchungen die Zelle Raspes betrat und die dort liegende Pistole mit der Begründung wegnahm „damit nicht noch mehr passiert".

„Ungeklärt" ist schließlich auch, wie der „Untersuchungsbericht" feststellen kann: „Die Selbstmorde konnten schwerlich konkret vorausgesehen und auch nicht verhindert werden. Zunächst einmal gab es konkrete Hinweise auf eine bevorstehende Selbsttötung weder von den Gefangenen noch von dritter Seite", wenn, wie jetzt vom Bundeskanzleramt gesagt wird, Andreas Baader wenige Stunden vor seinem Tod einem Beamten des Bundeskanzleramtes gegenüber Andeutungen über einen Selbstmord gemacht habe. „Ungeklärt" bleibt schließlich nach wie vor, wie die Gefangenen an die Pistolen gekommen sein sollen, wie der Tod durch Genickschuß zu erklären ist u. a. m.

Solange die Bundesregierung und die Staatsanwaltschaften alle diese Widersprüche nicht klären, solange sie auf alle offenen Fragen nur mit verstärkter Hetze gegen die Gefangenen und ihre Anwälte antworten, dürfen sie sich nicht wundern, daß im Inland und im Ausland weiter von „Mord" gesprochen wird, daß die Empörung über diesen Staat wächst, der auch für den grausamsten Nazimörder noch warme Worte der „Menschlichkeit" findet, bei politischen Gegnern des Kapitalismus aber mit Gewalt, niederträchtigen Lügen und Verleumdungen nicht einmal vor dem Grab haltmacht.

60 Jahre Sozialistische Oktoberrevolution

Der Weg der Oktoberrevolution — der einzige Weg zum Sozialismus

Rußland, im Jahr 1917. Man schreibt den 3. April nach dem alten russischen Kalender. Es liegt an diesem Tag eine besondere Spannung über der Hauptstadt Petrograd. Arbeiter sammeln sich in den Straßen, Soldaten, Matrosen. Sie formieren sich zu Demonstrationszügen. Zum Finnischen Bahnhof hin bewegen sich die Kolonnen. Aus allen Richtungen kommen sie, und auf dem Vorplatz des Bahnhofs wogt eine immer größere Menge.

Rote Fahnen wehen über den Köpfen der Massen. Transparente sind aufgezogen, und sie geben Aufschluß darüber, wer hier erwartet wird: „Wir grüßen Lenin!" Ihn willkommen zu heißen, sind die Werktätigen, die revolutionären Soldaten der Hauptstadt zum Bahnhof geeilt. Ihn, den Führer der Bolschewiki, dieser einzigen Partei, die laut ihre Stimme erhoben hat gegen den imperialistischen Raubkrieg. Ihn, der jetzt nach langen Jahren der Emigration in die Heimat zurückkehrt.

Der Krieg, den die Bankherren, die Kohle- und Stahlbarone führen, um ihre Macht zu erweitern, um neue Fabriken und Schächte, Kolonien und Märkte für ihre Waren zu erobern, dieser Krieg ist an jenem Apriltag noch nicht beendet. Rußland ist ausgeblutet. Die Heere des deutschen Kaisers halten die westlichen Gebiete des Landes besetzt.



Am 24. Oktober nachts traf Lenin im Smolny ein und nahm die Leitung des Aufstandes unmittelbar in seine Hand

Aber immer noch jagen die russischen Generäle die Soldaten Welle um Welle an die Fronten, sterben täglich Tausende unter dem Gewehr und Granatenfeuer in den Schützengräben. Wer gibt denn diesen Generälen die Befehle? Hat es nicht eine Revolution gegeben im Februar? Haben sich nicht Arbeiter, Bauern und Soldaten mit der Waffe in der Hand erhoben und der Selbstherrschaft des Zaren ein Ende bereitet?

Ja, die Zarenherrschaft war gestürzt. In den Kämpfen der Februarrevolution, an deren Spitze die bolschewistische Partei stand, hatten sich die Massen ihre eigenen Organe geschaffen: die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten. Aber dennoch waren es nicht diese Sowjets, in deren Händen die Staatsgeschäfte lagen. Es gab eine sogenannte Provisorische Regierung, und an der Spitze dieser Regierung stand der berüchtigte Grundbesitzer Lwow. Wie war das zu erklären? Die Volksmassen hatten das alte Regime niedergeworfen. Aber an der Spitze ihrer Vertretungsorgane, an der Spitze der Sowjets, der Bauernkomitees usw. standen Verräter. Das waren die Menschewiki, die russischen Sozialdemokraten, Paktierer mit der Bourgeoisie vom gleichen Schlage wie in Deutschland die Ebert, Noske, Scheidemann. Das waren die Sozialrevolutionäre, die sich als Vertreter der Bauern ausgaben, tatsächlich aber nur im Interesse der reichen Bauern handelten. Diese Verräter legten die Macht in die Hände der Bourgeoisie und ihrer Provisorischen Regierung und versuchten die Massen auf den Weg der bürgerlichen Demokratie zu locken.

Aber so einfach war das nicht für die Herren Paktierer. Noch bestanden die Sowjets, und die in ihnen zusammengeschlossenen Arbeiter, Bauern und Soldaten trugen noch die Waffen der siegreichen Februarrevolution. So bestanden in Rußland nebeneinander zwei Gewalten, zwei Machtorgane: die provisorische Regierung der Bourgeoisie und der Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten. Es war eine Doppelherrschaft entstanden. Aber wie Lenin sagte: „Zwei Staatsgewalten können in einem Staate nicht bestehen." Im Brennpunkt der Revolution stand so in den Apriltagen, als Lenin aus der Emigration zurückkehrte, die Frage: Wird die Bourgeoisie alle Macht an sich reißen oder geht die ganze Macht an die Sowjets über?

Wie die Menschewiki diese Frage beantworten würden, das wurde immer deutlicher. An jenem 3. April, als Lenin am Finnischen Bahnhof ankam, war auch einer ihrer Führer, Tscheidse, zur Begrüßung erschienen. In wohlgesetzten Worten wandte er sich an Lenin und forderte die Unterstützung der Bolschewiki für die menschewistische Paktiererpolitik. Aber Lenin beachtete ihn nicht. Er ging an ihm vorbei, und als er draußen auf der Treppe vor dem Bahnhof erschien, empfing ihn ein tausendstimmiges Hurra. Hier, vor den revolutionären Massen der Hauptstadt, auf einem Panzerauto stehend, gab Lenin die Antwort der Bolschewiki; zeigte er in klaren und flammenden Worten die Perspektive: die sozialistische Revolution.

„Alle Macht den Sowjets"

Einen Tag später erläuterte Lenin in einer Versammlung der Bolschewiki seine berühmten Aprilthesen. „Die Staatsmacht", sagte er, „ist in Rußland in die Hände einer neuen Klasse übergegangen, und zwar in die der Bourgeoisie und der verbürgerlichten Gutsbesitzer. Insofern ist die bürgerlich-demokratische Revolution in Rußland abgeschlossen." „Die Eigenart der gegenwärtigen Lage besteht im Übergang von der ersten Etappe der Revolution, die infolge des ungenügend entwickelten Klassenbewußtseins und der ungenügenden Organisiertheit des Proletariats der Bourgeoisie die Macht gab, zur zweiten Etappe der Revolution, die die Macht in die Hände des Proletariats und der ärmsten Schichten der Bauernschaft legen muß." Und diese Macht, die Diktatur des Proletariats, konnte nur die Form einer Republik der Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten haben.

Die Sowjets als wirkliche Organe der Arbeiter und Bauern, das war natürlich unvereinbar mit der Herrschaft der Paktierer in ihren Führungen. So wies Lenin der bolschewistischen Partei die Aufgabe, einen zähen und unermüdlichen Kampf zur Isolierung dieser Elemente zu führen, die Werktätigen anhand ihrer eigenen Erfahrungen geduldig davon zu überzeugen, daß die Herren Menschewiki und Sozialrevolutionäre trotz all ihrer radikalen Worte nichts anderes waren als Vertreter der bürgerlichen Ausbeuterordnung. Was war es denn, wonach sich die Massen sehnten, was sie immer lauter und entschiedener forderten in diesen Tagen des Völkermordens, des Hungers, der bäuerlichen Fron auf den Dörfern?

Frieden, Brot, Boden — das waren die Forderungen der Massen. Dafür kämpften auch die Bolschewiki. Und nichts von alledem hatte die Provisorische Regierung in Petrograd dem Volk gebracht. Im Gegenteil: Am 18. April erklärte der Außenminister Miljukow in einer Geheimnote an die Alliierten den Willen seiner Regierung, „den Weltkrieg bis zum entscheidenden Sieg weiterzuführen." Aber die Note wird bekannt. Die Empörung der Massen schwillt an. Der Krieg soll weitergehen? Die Partei der Bolschewiki ruft die Werktätigen der Hauptstadt zur Kampfdemonstration heraus. 100.000 marschieren unter den Losungen „Nieder mit dem Krieg!", „Die Geheimverträge veröffentlichen!" und „Alle Macht den Sowjets!" Unter dem Druck der Massen muß der Außenminister zurücktreten. Die Krise der Provisorischen Regierung ist offensichtlich.

Da eilen die Paktierer zu Hilfe. Menschewiki und Sozialrevolutionäre treten in die Regierung ein, darunter Kerenski, der wenig später an die Spitze des Kabinetts tritt. Damit besiegeln sie ihren vollständigen Übergang ins Lager des Klassenfeinds, ins Lager der Bourgeoisie. Sie werfen sich in die Bresche, werfen sich dem Ansturm der Massen entgegen. Aber sie können ihn nicht aufhalten. An der Spitze dieses Sturms steht die Partei Lenins, diese Partei, die sich in jahrzehntelangen Kämpfen gestählt hat, die von einem einheitlichen revolutionären Willen durchdrungen ist. „Alle Macht den Sowjets" — das ist die klare Losung, die die Bolschewiki den Verrätern im Ministerrang entgegenstellen. „Alle Macht den Sowjets" — diese einfachen Worte sind in den Herzen und Hirnen von Millionen verankert. Sie stehen auf den Wänden der Fabriken geschrieben, sie verbreiten sich wie ein Lauffeuer durch die Schützengräben der Front, sie durchdringen das Land bis ins letzte sibirische Dorf.

Der weiße Terror

18. Juni. 400.000 auf den Straßen Petrograds, Arbeiter, Soldaten, Matrosen. Die Paktierer wollen sich an die Spitze stellen, den Aufmarsch zu einer Unterstützung ihrer Verräterpolitik machen. Noch haben sie ja die Mehrheit in den Sowjets. Aber die Massen marschieren unter bolschewistischen Parolen. Sie rufen: „Nieder mit den 10 kapitalistischen Ministern!" Und immer wieder: „Alle Macht den Sowjets!" In diesen Tagen sprechen sich von den Delegierten der Petrograder Betriebsrätekonferenz drei Viertel für die Bolschewiki aus.

Das sind Alarmzeichen für die Bourgeoisie, das läßt ihre menschewistischen und sozialrevolutionären Minister erzittern. Das Blatt beginnt sich zu wenden. Die Werktätigen lösen sich aus dem Einfluß der Paktierer. Die Bolschewiki verstärken ihre revolutionäre Arbeit an der Front, in den Betrieben, auf dem Land. Immer deutlicher wenden sich die Arbeiter, Bauern und Soldaten den Kommunisten zu. Am 3. Juli sind es 500.000, die in der Hauptstadt auf die Straße gehen. Da lassen sie die Maske fallen, die Herren „sozialistischen" Minister. Jetzt sprechen sie eine offene Sprache, die Sprache des nackten weißen Terrors. Sie lassen Truppen aufmarschieren. Maschinengewehre richten sich auf die Menge. Über hundert Demonstranten fallen unter den Kugeln der Reaktion.

Und der weiße Terror wütet weiter. Jetzt wollen sie den Kopf der revolutionären Bewegung, die bolschewistische Partei, vernichten. Massenverhaftungen, Verbot der Zeitungen, Versuche, die Roten Garden zu entwaffnen. Am 7. Juli: Haftbefehl gegen Lenin. Aber sie können die Partei nicht zerschlagen. Geordnet, diszipliniert geht sie in die Illegalität. Lenin wird dem Zugriff der Reaktion entzogen. Tausende von Spitzeln und Agenten laufen sich die Sohlen ab, aber sie finden nicht die geringste Spur von ihm. Die Bolschewiki haben gut gearbeitet. Auch in der tiefen Illegalität sind sie mit den Massen verbunden. Nicht nur in den Betrieben und auf dem Land, auch in den Garnisonen und an der Front haben sie Zellen aufgebaut, haben sie die Fortgeschrittensten in ihre Reihen aufgenommen, arbeiten unermüdlich ihre Agitatoren, um die Massen für die sozialistische Revolution zu gewinnen.

Und in diesen Tagen, während der wütendsten Angriffe der Reaktion, tritt an einem geheimen Ort in Petrograd der VI. Parteitag zusammen. Stalin gibt, von Lenin, der sich an einem anderen Ort verborgen hält, beauftragt, den Bericht. Er analysiert die Lage und weist den notwendigen Weg: Die friedliche Periode der Revolution, die Zeit der Doppelherrschaft ist vorbei. Jetzt muß Kurs genommen werden auf den bewaffneten Aufstand. Der Parteitag verabschiedet ein Manifest, das sich an die Massen richtet und mit folgenden Worten schließt: „Rüstet euch zu neuen Schlachten, Kampfgenossen! Sammelt Kräfte, standhaft, mutig, ruhig ohne euch provozieren zu lassen. Schließt euch zu Kampfkolonnen zusammen! Unter das Banner der Partei, Proletarier und Soldaten! Unter unser Banner, Unterdrückte des Dorfes!"

Nein, sie haben diese Partei nicht zerschlagen, sie haben den Ansturm der Massen nicht aufhalten können. Was die Provisorische Regierung mitsamt ihren „sozialistischen" Ministern nicht vermochte, das soll jetzt nach dem Willen der Bourgeoisie der General Kornilow erledigen Er wirft seine Truppen gegen Petrograd, will diese jämmerliche Regierung wegfegen und die blutige Militärdiktatur über dem Land errichten. Aber aus der Illegalität heraus organisiert die bolschewistische Partei den Widerstand gegen Kornilow, ruft sie zum bewaffneten Kampf gegen diesen Putsch der äußersten Reaktion auf. Unter ihrer Führung werden die Roten Garden, die bewaffneten Formationen der Fabrikarbeiter, verstärkt, wird Petrograd mit Barrikaden, Stacheldrahtverhauen und Schützengräben befestigt. Die Eisenbahner verweigern den Transport der Putschisten. Ganze Regimenter gehen zu den Bolschewiki über. Der Putsch wird niedergeschlagen.

Kurs auf den Aufstand

Dieser große Sieg zeigt, wie sehr sich das Kräfteverhältnis schon zugunsten der Revolution geändert hat. Er stärkt noch mehr den Einfluß der Bolschewiki und trägt weiter zur Isolierung der Paktierer bei. Im August und September gehen die Sowjets, einer nach dem anderen, unter den ersten die von Petrograd und Moskau, zu den Bolschewiki über. Am 7. Oktober kehrt Lenin in die Hauptstadt zurück. Drei Tage später: die historische Sitzung des Zentralkomitees. Lenin erklärt, daß „der bewaffnete Aufstand unumgänglich und völlig herangereift ist."



„Im Oktober hat die revolutionäre Gewalt einen glänzenden Erfolg gezeitigt." (Lenin)

Wie ist die Lage in Rußland? Das riesige Reich zerfällt. Der Westen steht unter der Besatzung der deutschen Truppen. Im Osten rufen die kosakischen Grundherren die Kosakenrepublik aus. In der Ukraine betreiben die reaktionären Nationalisten einen Sonderfrieden mit Deutschland. Und auch die russische Bourgeoisie ist bereit, sich in die Arme der ausländischen Imperialisten zu werfen, um ihrem Untergang in der Revolution zu entgehen. Der Monopolkapitalist Lianosow erklärt:

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 8

„Die Revolution ist eine Krankheit. Früher oder später werden fremde Mächte eingreifen müssen, gerade so, wie man eingreifen muß, um ein krankes Kind zu heilen.“

An der Front kommt es immer häufiger zu Zusammenstößen zwischen den Soldaten und den Offizieren. Zu Tausenden verlassen die Soldaten die Schützengräben und ziehen mit ihren Waffen in ihre Dörfer und Städte zurück. Im ganzen Land ist das Elend unerträglich geworden. Die Menschen leiden Hunger, die ohnehin kläglichen Brotrationen reichen nicht mehr hin. Aber immer wieder entdecken die



Petrograder Rote Garden

Roten Garden riesige Lager von Lebensmitteln, die von Kapitalisten und Spekulanten gehortet wurden. Die russischen Dörfer sind vom offenen Aufruhr erfaßt. Die Bauern stürmen die Höfe der Gutsherren, erschlagen ihre Peiniger, nehmen das Land in ihren Besitz.

Und die Regierung der Menschewiki und Sozialrevolutionäre, diese Regierung, die nicht in der Lage war, den Kornilow-Putsch abzuwehren, sie schickt Kosakentruppen gegen die Bauern, läßt an den Fronten revolutionäre Soldaten erschießen, versucht in den Städten, die Roten Garden zu entwaffnen.

Das ist die Lage im Oktober. Das Zentralkomitee beschließt den Aufstand. Aber auch innerhalb der Partei, ja im Zentralkomitee selbst gibt es Kräfte, die dagegen arbeiten. Kamenew und Sinowjew, zwei Anhänger Trotzkis, treten offen gegen den Aufstand auf, während Trotzki selbst darauf hinarbeitet, den Termin so lange wie möglich hinauszuschieben. Die überwältigende Mehrheit der Bolschewiki jedoch steht in diesen historischen Tagen fest hinter Lenin und Stalin. Beim Petrograder Sowjet wird ein Revolutionäres Militärkomitee gebildet als legaler Stab des Aufstands. Zum leitenden Kern des Aufstands wird ein Parteizentrum bestimmt, an dessen Spitze Josef Stalin steht.

Instrukteure werden vom Zentralkomitee ins ganze Land geschickt, um den örtlichen Komitees die notwendigen Anweisungen zu geben. In Petrograd treffen die ersten Delegierten des II. Sowjetkongresses ein, der seine Beratungen in diesen Tagen beginnen soll. Die Kräfte sind aufgestellt, alles ist vorbereitet. Über der Hauptstadt, über dem ganzen Land liegt eine Atmosphäre höchster Gespanntheit. Die Massen warten auf das Wort der Partei. Da enthüllen die Verräter Sinowjew und Kamenew den ZK-Beschluß zum Aufstand in einer menschewistischen Zeitung. Und der Verräter Trotzki gibt wenig später sogar den Termin bekannt. Die Konterrevolution ist gewarnt. In aller Eile zieht Kerenski Truppen von der Front nach Petrograd. In den Straßen werden die Patrouillen verstärkt. Der Plan der Regierung: das Smolny-Institut, Sitz des revolutionären Stabes und der Partei, Tagungsort des II. Sowjetkongresses, zu umstellen, die Partei und den Stab zu zerschlagen.

Der Aufstand beginnt

Aber auch die Partei trifft ihre Vorbereitungen. Kommissare werden in die revolutionären Truppenteile geschickt, die Roten Garden mobilisiert. Ein neuer früherer Termin für den Aufstand wird festgelegt: einen Tag vor der Eröffnung des Sowjetkongresses. In den Morgenstunden des 24. Oktober rollen die Panzerwagen der Provisorischen Regierung durch die Straßen Petrograds, gegen das Gebäude des bolschewistischen Zentralorgans, des „Rabotschi Putj.“ Stalin gibt den Einsatzbefehl für Einheiten der Roten Garden und revolutionäre Soldaten. Der Angriff wird zurückgeschlagen. Um 11 Uhr erscheint „Rabotschi Putj“ mit dem Aufruf zum Sturz der Provisorischen Regierung. Der Aufstand beginnt.

Lenin kommt in den Smolny, um die Leitung des Aufstands selbst in die Hand zu nehmen. Die Aufteilung der Roten Garden, der revolutionären Truppenteile wird vorgenommen, der Winterpalast, in dem sich die Provisorische Regierung verschanzt hat, umstellt. Am 25. Oktober werden die Bahnhöfe, Banken und öffentlichen Ämter von den Revolutionären besetzt. Im Hafen richtet der Panzerkreuzer „Aurora“, der in der Hand der roten Matrosen ist, seine Geschütze auf den Winterpalast. Der Sturm auf die letzte Festung der bürgerlichen Regierung beginnt. Hier haben sich die Herren Minister verkrochen, in diesem riesigen Gebäude mit seinen über tausend Räumen, geschützt von Sturmbataillonen und Offiziersschülern. Stunden um Stunden tobt der Kampf. Mann gegen Mann ringen die bewaffneten Arbeiter, die roten Soldaten und Matrosen die Offiziere nieder. Um zwei Uhr, in der Nacht vom 25. auf den 26. Oktober sind alle Minister verhaftet. Kerenski entkommt in Frauenkleidern.

Stunden zuvor, während noch die Kämpfe um den Winterpalast toben, ist im Smolny der II. Allrussische Sowjetkongreß eröffnet worden. Die Bolschewiki haben die überwältigende Mehrheit. Aus allen Landesteilen sind sie gekommen, die Delegierten der Arbeiter, der Soldaten und der Dorfarmut. Jetzt grüßen sie mit donnerndem Hurra den siegreichen Aufstand, grüßen sie die Bolschewistische Partei als die Organisatorin des Sieges. Ein Aufruf wird verabschiedet, in dem es heißt: „Gestützt auf den Willen der gewaltigen Mehrheit der Arbeiter, Soldaten und Bauern, gestützt auf den in Petrograd vollzogenen siegreichen Aufstand der Arbeiter und der Garnison, nimmt der Kongreß die Macht in seine Hände.“

Der Kongreß verabschiedet das Dekret über den Frieden, in dem die kriegführenden Länder zum Waffenstillstand aufgefordert werden und der an die Arbeiter dieser Länder den Appell richtet, die Sache des Friedens und der Befreiung von jeder Ausbeutung zu Ende zu führen. Der Kongreß nimmt das Dekret über den Grund und Boden an, in dem das Eigentum der Gutsbesitzer an Grund und Boden unverzüglich ohne Entschädigung aufgehoben wird. Schließlich bildet der Kongreß die erste Sowjetregierung, den Rat der Volkskommissare. Zum Vorsitzenden des Rats wird gewählt: Wladimir Iljitsch Lenin.

Die proletarische Diktatur

Der historische Sowjetkongreß ist beendet. Über Petrograd, das später den Namen Lenins tragen wird, weht die rote Fahne der Arbeiterklasse. Nach Tagen des erbitterten Kampfes siegt die Revolution auch in Moskau. Die Sowjetmacht breitet sich über das Land aus. Zum ersten Mal seit den Tagen der Pariser Kommune hatte das Proletariat im bewaffneten Kampf die Bourgeoisie niedergeschlagen, hatte es seine eigene Macht, die Diktatur des Proletariats errichtet. Lenin kennzeichnete das Wesen dieses Staates: Er „muß eine Demokratie für die Ausgebeuteten und Unterdrückung der Ausbeuter sein, die Unterdrückung einer Klasse bedeutet aber, daß diese Klasse nicht gleichberechtigt ist, daß sie aus der ‚Demokratie‘ ausgeschaltet wird.“

Damit stellte Lenin heraus, daß mit dem Sieg der Oktoberrevolution die gestürzten Ausbeuter nicht mit einem Schlag vernichtet waren. „Der Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus“, sagte er, „umfaßt eine ganze geschichtliche Epoche. Solange sie nicht abgeschlossen ist, behalten die Ausbeuter unvermeidlich die Hoffnung auf eine Restauration, und diese Hoffnung verwandelt sich in Versuche der Restauration.“

Eben deshalb mußte der Staat der proletarischen Diktatur, der den Werktätigen die breiteste Demokratie gewährt, die alten Ausbeuter und alle diejenigen, die den Sturz der Arbeitermacht betrieben, gewaltsam unterdrücken. Das zeigte sich schon in den ersten Wochen nach der siegreichen Oktoberrevolution. Die Bourgeoisie fand sich nicht ab mit ihrer Niederlage. Kerenski sammelt neue Truppen, um sie gegen das proletarische Petrograd zu führen. Und



Lenin verkündet die Sowjetmacht

das ist erst der Anfang. Drei Jahre lang währt das Ringen der jungen Sowjetmacht mit den Kräften der alten Gesellschaft, drei Jahre, in denen unter Führung der Partei, unter dem Kommando Lenins und Stalins die Rote Armee die gewaltigen Heere der konterrevolutionären Generäle Koltschak, Krassnow, Denikin usw. zerschlug. Drei Jahre, in denen nicht weniger als 14 Länder, an der Spitze die imperialistischen Großmächte USA, England und Frankreich auf seiten der weißen Generäle in den Kampf eingriffen, Waffen lieferten und Truppen gegen die Sowjetmacht schickten.

Die Revolution siegte, die Feinde wurden niedergeschlagen, weil an der Spitze des kampferprobten russischen Proletariats die Partei der Bolschewiki stand, die erste Partei neuen Typus, gewappnet mit der Theorie des Marxismus-Leninismus, dem Proletariat grenzenlos ergeben. Nur mit einer solchen Partei, die in den eigenen Reihen jedes Schwanken, jeden Opportunismus erbarmungslos ausmerzt, die den außerhalb ihrer Reihen organisierten Opportunismus entschlossen bekämpft, sich auf keinen Kompromiß mit ihm einläßt, nur mit einer solchen Partei an der Spitze kann das Proletariat siegreich zur Revolution schreiten. Das ist eine wichtige Lehre der Oktoberrevolution. Weiter beweist die Oktoberrevolution, daß die Zerschlagung der bürgerlichen Staatsmaschinerie durch die gewaltsame Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats das allgemeingültige Gesetz der proletarischen Revolution ist.

Der Weg der Oktoberrevolution — der einzige Weg zum Sozialismus

Die Geschützsalven der „Aurora“, das Zeichen zum Sturm auf den Winterpalast waren nicht nur der Auftakt zu gewaltigen Veränderungen in Rußland. Sie erschütterten die ganze alte Welt. Den Proletariern in den Schützengräben des imperialistischen Weltkriegs, in den Fabriken und Schächten gab der Sieg ihrer russischen Klassenbrüder ein leuchtendes Vorbild und verstärkte ihren Kampfesmut. Ernst Thälmann, der Führer der Kommunistischen Partei Deutschlands, sagte später, daß dieser Sieg den Arbeitern zeigte, „daß es keinen anderen Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse, zur Verwirklichung des Sozialismus, gibt als den Weg der proletarischen Revolution unter Führung der Kommunistischen Partei, den Weg, der am 7. November zu dem ersten weltgeschichtlichen Sieg der Arbeiterklasse geführt hat.“ Und: „In der Arbeiterbewegung aller Länder führte die russische Revolution zur Scheidung der Geister. Wer die Lehren dieser größten Umwälzung der Weltgeschichte nicht begriff, wer sich nicht vorbehaltlos und bedingungslos mit dem Proletarierstaate solidarisierte, der landete sehr rasch im Lager der Konterrevolution.“

Heute, wo sich die Tage des Roten Oktober zum sechzigsten Mal jähren, besteht die Sowjetmacht nicht mehr. Aber nicht von äußeren Feinden wurde sie zerschlagen, sondern von innen her gestürzt, von den modernen Revisionisten, die in die Fußstapfen der Menschewiki und Sozialrevolutionäre traten, den Sowjetstaat in eine bürgerliche Diktatur, in ein riesiges Zuchthaus für die Arbeiter und Bauern verwandelten. Wie ihre Vorgänger kommen sie in einer Maskerade daher: Sie geben sich als Nachfolger Lenins, als die Erben der Oktoberrevolution, die sie jetzt demagogisch feiern lassen, und sind doch nichts anderes als neue Zaren, die das Volk blutig unterdrücken.

Die Revisionisten der ganzen Welt haben die Oktoberrevolution längst vollständig verraten. Sie sind die würdigen Nachfolger der alten Menschewiki, predigen wie sie den parlamentarischen, den friedlichen Weg zum Sozialismus. Sie drängen sich, wie die Kerenski und Zereteli in die Kabinette der bürgerlichen Regierung, bereit, die Staatsgeschäfte für die Bourgeoisie zu übernehmen, bereit, zu Schlächtern an der proletarischen Revolution zu werden. So ist ihr „Sozialismus“, in den sie die Massen führen wollen, von der gleichen Art wie der „Sozialismus“, den ein Kerenski gegen die anstürmende Arbeiterklasse zu verteidigen versuchte.

Jetzt rufen diese Leute wie ihre Moskauer Gesinnungsfreunde zu Oktoberfeiern auf. Aber sie haben nicht das geringste Recht, im Namen des Roten Oktober aufzutreten. Sie sind die Todfeinde der Oktoberrevolution und ihrer unvergänglichen Lehren. Denn der Weg der Oktoberrevolution, das ist der Weg des bewaffneten Aufstands, der Weg des gewaltsamen Sturzes des Ausbeutersystems. Der Weg, den diese Herren heute als Abenteurertum und Provokation begeifern. Aber keine unterdrückte Klasse, die sich befreien will, kann einen anderen Weg gehen als den der Oktoberrevolution. Alles andere, was die Revisionisten und Opportunisten anpreisen, ihre „besonderen“, parlamentarischen, „dritten“ Wege, sind Holzwege des Verrats, die zur Kapitulation vor der Bourgeoisie und damit in die Niederlage führen.

Aber so wie der Rote Oktober im Herzen der Völker weiterlebt, gibt es auch heute die Kräfte, die das Banner der Oktoberrevolution, von den Verrätern in den Staub geworfen, wieder aufgenommen haben: Das sind die wahrhaft marxistisch-leninistischen Parteien, die im Sinne der Bolschewiki, im Sinne Lenins und Stalins die Arbeiter organisieren, unter ihnen die Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit der Revolution propagieren, die die Klasse und das Volk vorbereiten auf die kommenden großen Schlachten, damit einmal die Morgenröte des Oktober über der ganzen Welt erstrahlt.

Aus aller Welt

SVR ALBANIEN / BRASILIEN

Auf Einladung des ZK der PAA stattete unlängst Genosse Joao Amazonas, 1. Sekretär des ZK der KP Brasiliens, Albanien eine Besuch ab. Genosse Enver Hoxha, 1. Sekretär des ZK der PAA, empfing Genossen Joao Amazonas im Amtssitz des Zentralkomitees der Partei und führte ein herzliches und brüderliches Gespräch mit ihm. Bei diesem Gespräch war auch Genosse Ramiz Alia, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der PAA anwesend.

Genosse Enver Hoxha und Genosse Joao Amazonas tauschten Meinungen über Fragen der internationalen Lage und der marxistisch-leninistischen Bewegung sowie über andere Probleme von gemeinsamem Interesse aus. Wie alle bisherigen Treffen waren auch diese Gespräche von der vollständigen marxistisch-leninistischen Einheit der Meinungen der beiden Parteien gekennzeichnet. Sie wurden im Geist des proletarischen Internationalismus geführt.

Bei den Gesprächen wurde die Notwendigkeit des konsequenten und entschlossenen Kampfes der Marxisten-Leninisten und aller revolutionären Völker gegen den USA-Imperialismus und den sowjetischen Sozialimperialismus, die die größten Feinde der Revolution und des Sozialismus, der Freiheit und Unabhängigkeit der Völker sind, hervorgehoben.

Beide Seiten waren sich darüber einig, daß sich die Völker in ihrem Kampf um Freiheit und nationale Unabhängigkeit nicht auf den einen Imperialismus stützen können, um sich von dem anderen zu befreien. Die PAA und die KP Brasiliens brachten ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, den Kampf gegen den modernen Revisionismus, der der Hauptfeind der marxistisch-leninistischen Weltbewegung ist, sowie gegen den Opportunismus jeglicher Schattierung unaufhörlich fortzusetzen. Sie sind fest davon überzeugt, daß ohne den Kampf gegen den Opportunismus auch der Imperialismus und Sozialimperialismus nicht erfolgreich bekämpft werden können.

Die PAA und die KP Brasiliens bekräftigten in den Gesprächen ihre Entschlossenheit, alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Einheit der revolutionären Bewegung mit den wirklich marxistisch-leninistischen Parteien an der Spitze zu verstärken. Im Namen des ZK der PAA bekundete Genosse Enver Hoxha erneut die Unterstützung der PAA für die gemeinsame Erklärung einiger Parteien Lateinamerikas, die einen großen Beitrag für die Festigung der Einheit der marxistisch-leninistischen Bewegung in ihrem Kampf für die Sache der Revolution darstellt. Die PAA unterstützt voll und ganz die revolutionäre Linie und Tätigkeit der KP Brasiliens, die eine Partei mit langer Kampferfahrung ist, gestählt in großen Klassenschlachten und mit einer Einheit der Meinung und der Aktion in ihren Reihen, die schöpferisch die Prinzipien des Marxismus-Leninismus unter den Bedingungen Brasiliens anwendet und an deren Spitze eine kämpferische Führung steht mit Genossen Joao Amazonas, einem großen und erprobten Marxisten-Leninisten, einem treuen Sohn seines Volkes voran.

ARGENTINIEN

Die werktätigen Massen Argentiniens führen entschlossene Kämpfe gegen die wirtschaftliche und politische Unterdrückung und lassen sich auch von dem Terror der faschistischen Regierung nicht einschüchtern. Im ganzen Land wurden und werden große Streiks durchgeführt, an denen viele tausend Werktätige verschiedener Industriezweige teilgenommen haben. So werden z. B. die Betriebe von Renault in Argentinien seit einiger Zeit bestreikt. Die Arbeiter fordern höhere Löhne und bessere Lebensbedingungen.

DOMINIKANISCHE REPUBLIK

Seit einiger Zeit boykottieren die Studenten in der Dominikanischen Republik die Vorlesungen und führen Kundgebungen gegen die reaktionäre Politik durch, die die Regierung auch auf dem Gebiet des Bildungswesens betreibt. In den Straßen der Hauptstadt Santo Domingo ist es zu heftigen Zusammenstößen zwischen demonstrierenden Studenten und den faschistischen Polizeikräften gekommen. Bei den Kämpfen ging die Polizei mit Schußwaffen gegen die Studenten vor und ermordete fünf von ihnen. Außerdem wurde eine große Zahl von Studenten festgenommen. Den Studenten schlossen sich im Lauf der Kundgebungen 8.000 Schüler und Lehrer sowie Arbeiter verschiedener Wirtschaftszweige an.

USA

Schon seit vier Wochen streiken in den USA die Arbeiter und Angestellten des Flugzeugkonzerns Boeing. Die streikenden Arbeiter haben alle Teilangebote der Kapitalisten abgelehnt. Sie fordern Lohnerhöhungen, eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, gesicherte Renten und anderes.

ENGLAND

Die Arbeiter des Londoner Flughafens Heathrow haben am 22. 10. einen erneuten Streik begonnen. Viele In- und Auslandsflüge mußten deshalb abgesagt werden, was die Kapitalisten in große Aufregung versetzte. Die Streikenden fordern Lohnerhöhungen, gesicherte Arbeitsplätze und die Wiedereinstellung ihrer entlassenen Kollegen.

ITALIEN

Etwa 220.000 italienische Eisenbahner streiken seit einiger Zeit für ihre Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen. In einigen italienischen Städten organisierten die Arbeiter Protestkundgebungen und brachten dabei ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, den Streikkampf bis zur Erfüllung ihrer gerechten Forderungen fortzusetzen.

PHILIPPINEN

Die philippinischen Patrioten haben neue Aktionen gegen das faschistische, proimperialistische Regime Marcos unternommen. Von drei Seiten griffen sie einen Stützpunkt der Luftwaffe des Regimes im Süden des Landes an. Außerdem griffen sie Armee-Einheiten des Marcos-Regimes, die zu „Säuberungsaktionen"in die Zonen der Patrioten ausgeschickt worden waren, an und brachten ihnen erhebliche Verluste bei.

NORDIRLAND

Die nordirischen Patrioten haben ihre Aktionen gegen die englischen Besatzer und die einheimischen reaktionären Kräfte verstärkt,wobei sie dem Feind erhebliche Verluste an Menschen und Ausrüstungen zugefügt haben. In der Nähe der Stadt Armagh töteten sie einen Polizisten und verwundeten zwei weitere schwer. Im Norden von Belfast gelang es den Patrioten,zwei englische Besatzungssoldaten zu töten.





Spanien

Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die ,,Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus'' (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **GEWISO-Buchvertrieb, 2 Hamburg 50, Postfach 500568, Tel.: 040/3902959**

Italien

Griechenland

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!

nuova unità

ΠΡΟΛΕΤΑΡΙΑΚΗ ΣΗΜΑΙΑ

Madrid
Illegale Pressekonferenz über die gemeinsame Erklärung

Am 25. Oktober hat in Madrid eine illegale Pressekonferenz stattgefunden, an der Vertreter der KP Griechenlands/ML, der KP Italiens/ML, der KP Portugals (Wiederaufgebaut), der KP Spaniens/ML und der KPD/ML teilgenommen haben. Auf der Pressekonferenz wurde die gemeinsame Erklärung der fünf Bruderparteien vorgestellt.

Es war ein bewegender Augenblick, als Vertreter von fünf marxistisch-leninistischen Parteien zum ersten Mal seit der Errichtung der faschistischen Diktatur auf spanischem Boden zusammenkamen, obwohl unsere spanische Bruderpartei auch heute noch gezwungen ist, in der Illegalität zu arbeiten. Mit der Farce der Demokratisierung hat das monarchistische Regime zwar den Verrätern — den Sozialdemokraten, modernen Revisionisten und den Opportunisten der verschiedensten Schattierungen — die Legalität gegeben, um die Kämpfe der Volksmassen besser abwürgen zu können. Aber die wirklichen Revolutionäre der KP Spaniens/ML, der FRAP und der Republikanischen Konvention werden nach wie vor verfolgt, und viele von ihnen sind immer noch eingekerkert. Und gegen die Kämpfe der Volksmassen für ihre wirtschaftlichen Interessen, gegen die politische Unterdrückung und für die Republik, läßt die Monarchie die Polizei aufmarschieren, um die Massen mit Tränengasbomben und Gewehrkugeln niederzuhalten.

Deshalb waren die Pressekonferenz und das Zusammentreffen von Vertretern der fünf Parteien in Madrid Ausdruck der proletarischen internationalistischen Unterstützung der Bruderparteien für die KP Spaniens/ML, die sich die Freiheit nicht erbettelt, sondern erkämpft. Auf der Pressekonferenz, zu der Journalisten verschiedener Nachrichtenagenturen und bürgerlicher Zeitungen gekommen waren, wurde eine gemeinsame Pressemitteilung der fünf Parteien über die gemeinsame Erklärung verlesen.



Die illegale Pressekonferenz in Madrid. Unser Bild zeigt von links nach rechts die Vertreter der KP Portugals (Wiederausgebaut), der KP Italiens/ML, der KP Griechenlands/ML und der KPD/ML. Aus verständlichen Gründen kann ein Foto des Genossen der KP Spaniens/ML, der an der Pressekonferenz teilgenommen hat, nicht veröffentlicht werden.

Darin wird die große Bedeutung der gemeinsamen Erklärung für die Festigung und Vertiefung der Zusammenarbeit auf der Grundlage der Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus zwischen den fünf Bruderparteien hervorgehoben und der Inhalt der gemeinsamen Erklärung zusammengefaßt.

Während ihres Aufenthalts in Madrid legten die Vertreter der fünf Bruderparteien am Grab des von der faschistischen Franco-Diktatur ermordeten Märtyrers des spanischen Volkes, des Helden der KP Spaniens/ML, Genossen Garcia Sanz, einen Kranz nieder.

Die Genossen der Bruderparteien konnten außerdem an einer Veranstaltung teilnehmen, die von der spanischen Bruderpartei illegal organisiert worden war. In Grußadressen bekräftigten die Vertreter der ausländischen Parteien auf dieser Veranstaltung ihre Verbundenheit mit dem Kampf des spanischen Volkes und seiner marxistisch-leninistischen Vorhutpartei und berichteten über den Kampf ihrer Parteien für den Sieg der Revolution. Auf der Veranstaltung sprachen außerdem Veteranen des spanischen Bürgerkrieges, Aktivisten der FRAP, der revolutionären, marxistisch-leninistischen Jugend, der revolutionären Frauen und Genossen der spanischen Bruderpartei.

So war das Treffen in Madrid Ausdruck der Kraft und Unbesiegbarkeit des Marxismus-Leninismus und eine Bekräftigung der prinzipienfesten Einheit der fünf Bruderparteien.

Bonner "Entwicklungshilfe"
Gegen den Freiheitskampf der Völker

Schwere Geschütze hat der CDU-Abgeordnete Todenhöfer, „Entwicklungshilfeexperte" seiner Partei im Bundestag, gegen die Regierung aufgefahren. „Beihilfe zum Mord", nannte er die Kredite Bonns an Botswana, weil mit diesen Geldern angeblich die Befreiungskämpfer von Simbabwe unterstützt werden. Und er forderte den Stop aller Lieferungen Bonns an die Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika und die Länder, die „mit der Sowjetunion zusammenarbeiten". Gleichzeitig nutzte er die Gelegenheit, wilde Beschimpfungen gegen den gerechten Kampf der unterdrückten Völker für ihre Befreiung vom Joch des Imperialismus loszulassen.

Die Antwort der zuständigen Ministerin Marie Schlei ließ nicht lange auf sich warten. „Ungeheuerlich" nannte sie die Äußerungen Todenhöfers. Und dann heuchelte sie Begeisterung für den Kampf der Völker im südlichen Afrika und beschwor die demokratischen und freiheitlichen Grundsätze, nach denen Bonn angeblich seine „Hilfe" verteilt.

In Wirklichkeit hat Bonn niemals irgendjemandem Kredite gegeben, um die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker zu fördern. Bekanntlich unterhält Bonn nicht nur zu den faschistischen Regimen in Asien, Lateinamerika und im Nahen Osten die besten Beziehungen, sondern auch zu den rassistischen Regimen von Vorster und Smith. In Südafrika und Rhodesien tummeln sich die westdeutschen Monopole und beuten die breiten afrikanischen Massen aus. Hierhin fließen Milliarden von DM an Krediten, läßt die Bundesregierung Anlagen für den Bau von Atombomben bauen. Jede Mark, die Bonn gibt, ist mit Bedingungen verbunden; jede Mark, die Bonn diesen Regimen gibt, wird in die Ausbeutung und den Ausbau des faschistischen Unterdrückungsapparates investiert. Und daneben hängt sich die sozialdemokratische Regierung ein fortschrittliches Mäntelchen um, weil sie mehrere Eisen im Feuer haben will.

Sie versucht, die Befreiungsbewegungen zu bestechen, die schwankenden, bürgerlichen Kräfte auf ihre Seite zu ziehen, verspricht ihnen „Hilfe", um sie dann zu erpressen und den Befreiungskampf der Völker abzuwürgen. Nicht umsonst haben einige Abgeordnete der SPD in der Bundestagsdebatte offen erklärt, daß es eben diese Bonner „Hilfe" war, die dazu beigetragen hat, in Portugal die konterrevolutionären Kräfte um den Sozialdemokraten Soares zu stärken, die den revolutionären Kampf der Volksmassen unterdrücken. Die Bonner Hilfe, unter welchem Mäntelchen auch immer sie gegeben wird, ist eine Schlinge um den Hals der Völker. Sie ist ein Mittel des westdeutschen Imperialismus, um die Völker auszuplündern und zu unterdrücken und sie unter den Einfluß des westdeutschen Imperialismus zu bringen.

Sie ist zugleich ein Mittel, das die westdeutschen Imperialisten als treue Verbündete des USA-Imperialismus und in ihrem eigenen Interesse im Kampf gegen den sowjetischen Sozialimperialismus und seinen Versuch, die Völker zu unterjochen, einsetzen. Gerade deshalb beschwor Marie Schlei in der Bundestagsdebatte das Beispiel Somalias, das gestern noch eng mit der Sowjetunion verbunden gewesen sei, heute aber der Bundesrepublik einen unschätzbaren Dienst geleistet habe. Und sie gab offen zu, daß dies unmittelbar der Bonner „Hilfe" zu verdanken sei.

Natürlich ist das alles auch Todenhöfer und der CDU/CSU bekannt. Sein Vorstoß war auch weniger darauf berechnet, die Regierung auf einen anderen Kurs zu bringen. Hier ging es vor allem um nackte Drohungen an verschiedene reaktionäre Regime und an diejenigen, die sich schon ziemlich weit mit den westdeutschen Imperialisten eingelassen haben. Ging es um Druck und Erpressung gegen alle, die nicht in allem nach der Pfeife Bonns tanzen.

Und der Reaktionär Todenhöfer nutzte auch die Gelegenheit nach der konterrevolutionären Flugzeugentführung und der wilden Pogromhetze, die die westdeutschen Imperialisten in diesem Zusammenhang gegen alle revolutionären und fortschrittlichen Kräfte entfacht haben, um den Befreiungskampf der unterdrückten Völker gegen den Imperialismus zu verteufeln und die Werktätigen in unserem Land in eine Frontstellung gegen die Völker zu bringen.

Sowohl die CDU/CSU-Opposition als auch die SPD/FDP-Regierung sind Feinde der Völker. Beide sind Handlanger der westdeutschen Imperialisten, der kapitalistischen Monopole. Wenn sie von Freiheit sprechen, meinen sie damit das Joch des westdeutschen Imperialismus. Wenn sie von „Hilfe" reden, meinen sie damit die Ausbeutung und Ausplünderung der Völker. Wenn sie von „Demokratie" reden, meinen sie damit den Kampf gegen die Revolution und den nationalen Befreiungskampf. Wenn sie von Zusammenarbeit sprechen, meinen sie damit die Expansion und die aggressiven Bestrebungen der westdeutschen Imperialisten.

Keine Demagogie kann die Tatsachen aus der Welt schaffen, kann verhindern, daß die Völker in Afrika, Asien und Lateinamerika die wirkliche Natur der westdeutschen Imperialisten immer besser durchschauen. Deshalb richten sie ihren Kampf gegen den Imperialismus auch gegen das westdeutsche Monopolkapital und seinen Versuch, die Völker zu unterdrücken und auszubeuten. Dieser Kampf ist gerecht und muß von der Arbeiterklasse und allen Werktätigen in unserem Land unterstützt werden.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Erklärung der Kommunistischen Partei Britanniens/ Marxisten-Leninisten

Die Kommunistische Partei Britanniens/Marxisten-Leninisten veröffentlichte kürzlich eine Erklärung mit dem Titel „Britannien in der Welt des Jahres 1977". Wir veröffentlichen im folgenden Auszüge, die Radio Tirana am 24. 10. 77 sendete. In dieser Erklärung heißt es: Diese Erklärung der KP Britanniens/ML schätzt die Rolle Britanniens in der heutigen Welt und die Probleme ein, vor denen die britische Arbeiterklasse steht. Wir wollen nicht über eine andere Arbeiterklasse urteilen oder ihr Anweisungen geben, uns aber auch von anderen unsere Handlungsweise nicht vorschreiben lassen. Unsere Partei wurde auf der Basis des Marxismus-Leninismus gegründet, und das Kommunistische Manifest ist ihre erste Schrift. Ihr Ziel ist der Sturz der Bourgeoisie, die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.

In der Erklärung heißt es ferner: Wir in Britannien wurden bedrängt, unsere revolutionäre Aufgabe auf Eis zu legen und ein Bündnis mit der herrschenden Klasse, der Bourgeoisie einzugehen, um die NATO und ihren ökonomischen Hebel, die EWG, zu verstärken und so die europäische Bourgeoisie, die Neonazisten und die Agenten der USA in Europa zu umarmen, die die Bestrebungen der europäischen Arbeiterklasse für Freiheit, nationale Unabhängigkeit und Revolution zunichte machen wollen. In der Erklärung wird dann auf die Vorbereitungen des USA-Imperialismus und des sowjetischen Sozialimperialismus und ihrer Nachbeter auf einen neuen Krieg eingegangen. Weiter heißt es dort: Die Kommunisten sind gegen den Krieg. Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Es ist unsere Pflicht, die Revolution erfolgreich durchzuführen, um den Krieg zu verhindern. Wir dürfen nicht in einen Kreuzzug für den Kapitalismus ziehen. Wir müssen, wenn uns der imperialistische Krieg aufgezwungen wird, ihn in einen Bürgerkrieg verwandeln. Die Erklärung wendet sich gegen Behauptungen wie, der USA-Imperialismus wäre angeblich schwächer geworden und der sowjetische Sozialimperialismus stelle eine immer größere Gefahr dar, und hebt hervor, daß die Frage danach, wer schwächer ist, die USA oder die Sowjetunion, unvermeidlich zum Bündnis mit dem einen oder dem anderen führt. Für die Arbeiterklasse heißt das Verrat, Leugnung ihrer revolutionären Rolle und Wiederbelebung der II. Internationale. Die europäische Einheit als Bollwerk gegen Angriffe ist eine Aufforderung an die Arbeiterklasse und ihre Parteien, sich mit ihrer eigenen Bourgeoisie in Wirtschafts- und Militärblöcken zu vereinigen.

Die NATO, wird in der Erklärung ferner betont, entstand aus der Besetzung Europas am Ende des zweiten Weltkriegs mit dem Segen der Rede Churchills in Fulton im Jahre 1946. Die NATO wurde geschaffen, um die Revolution in Frankreich und Italien zu zerschlagen. Die Europäer gewannen den Krieg, doch danach haben die USA Europa besetzt. Seitdem mußten wir die Luftstützpunkte der USA auf britischem Boden dulden. Nun wird von den britischen Arbeitern verlangt, daß sie Söldlinge in einer multinationalen Armee werden unter dem Kommando von Neonazisten, der USA-Imperialisten, der Verräter von Vichy und der belgischen Generale, die Belgien unversehrt den Nazis übergaben. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, heißt es in der Erklärung weiter, wurde in der Hauptsache von Kollaborateuren gegründet, deren Land besiegt und besetzt war. Napoleon und Hitler wollten Europa ein kontinentales System aufzwingen. Das ist heute die EWG. Die EWG entstand unter Anregung des USA-Imperialismus. Schumann, sein Sprachrohr in Europa, schuf eine Handelsgemeinschaft von sechs Mitgliedsländern zugunsten des USA-Imperialismus. Die Hauptaufgaben der EWG waren, den europäischen Kapitalismus wieder auf die Beine zu bringen, der nach dem Krieg am Zusammenbrechen war, den Vormarsch des Proletariats aufzuhalten. Die EWG war daher ein unentbehrlicher wirtschaftlicher Hebel des militärischen Revanchismus in Europa.

Dann behandelt die Erklärung den Eintritt Britanniens in die EWG. Dazu heißt es weiter: Als Ergebnis dieses Eintritts sank der Lebensstandard schneller und brutaler als je in der Geschichte des britischen Kapitalismus, womit sich die Voraussagen unserer Partei bewahrheiteten. Wir sehen den Ruin der britischen Industrie und Landwirtschaft, Arbeitslosigkeit und hohe Inflation; wir sehen, daß die Illusionen über die Vorteile, die die EWG angeblich bringt, vollkommen zerstört werden, und die verstärkte Empörung der Arbeiterklasse gegen die Mitgliedschaft Britanniens in dieser reaktionären Organisation. Bei weitem die schlimmste Folge dieser Mitgliedschaft war der Verlust der Selbständigkeit und der Unabhängigkeit unserer Arbeiterklasse. Die EWG ist ein wirksamerer Gendarm als unsere eigene herrschende Klasse sein könnte. Das ist der wahre Grund, weshalb die britische Regierung darum kämpfte, in der EWG zu bleiben.

Die Erklärung beschäftigt sich dann mit einigen Artikeln des Vertrages von Rom, mit denen die Revolution, sollte sie in irgendeinem Mitgliedsland der EWG ausbrechen, verhindert und bekämpft werden soll. Die Erklärung folgert daraus, daß die britische Arbeiterklasse nicht nur aus der EWG austreten muß, sondern, um ihren Brüdern in Europa zu helfen, sich bemühen muß, diese Organisation zu vernichten.

In der Erklärung heißt es ferner: Im Zusammenhang mit der sogenannten „dritten Welt" wurden besondere Argumente benutzt, die, was ihren Charakter betrifft, viel zu wünschen übrig lassen. Die Theorie ist mechanisch und vereinfacht sehr. Weshalb „drei" Welten? Welche sind sie? Welches ist die „erste"und welche die „zweite" Welt? Gibt es vielleicht noch eine „vierte" und „fünfte"? Der Ursprung des Begriffs „dritte Welt" kommt aus dem kapitalistischen Wortschatz. Er wurde zum ersten Mal mit dem Unsinn der „Blockfreiheit" angewandt. Tito sagte, er sei eine „blockfreie Kraft", die selbständig handeln wird. Was ist die „dritte Welt"? Ist darunter etwa der Nahe Osten, Indien, Malaysia, Afrika, Südamerika zu verstehen? Wohin gehören Japan, Australien, Israel, Ägypten, Jugoslawien, Spanien, Portugal, Griechenland, Mexiko, Chile, Südafrika? Und vor allem, wohin gehört die Sozialistische Volksrepublik Albanien, das einzige sozialistische Land in Europa? Wie steht es mit dem Schah und Hussein, die beide von den britischen Imperialisten erzogen und unterstützt werden?

Die Definition der „dritten Welt" stützt sich auf die Theorie, wonach das revolutionäre Potential mit der Rückständigkeit eines Landes wächst. Der Mensch, der mit dem Ochsen pflügt, sei kämpferischer, eine größere Kraft zur Umwälzung als der Mensch, der dieses Stadium hinter sich gelassen hat. Danach wäre er sogar noch revolutionärer, wenn er überhaupt keinen Ochsen hätte. So war also der primitive Mensch, der das Rad noch nicht erfunden hatte, eine größere umwälzende Kraft, als der Mensch, der es bereits hatte. Es ist eine ganz falsche Voraussetzung, daß die Unterentwickelten, die Unterprivilegierten, die Ausgebeuteteren mehr zum Fortschritt und zur Revolution neigen. Das ist Idealismus und kein Marxismus. Alle Ausgebeuteten sind potentiell fortschrittlich, potentiell revolutionär, und der Kapitalismus beutet alle aus. Das ist allein eine Frage der Klasse, der Beziehungen zwischen den Klassen — sonst besteht die Gefahr von Rassismus, Schwarz gegen Weiß, Ost gegen West, Nord gegen Süd — alles alte Waffen des Imperialismus. Für uns gibt es eine Welt der Ausgebeuteten und eine Welt der Ausbeuter. Hier ist die Scheidelinie, und die Einheit kann nur mit dem Sieg der Ausgebeuteten über den Ausbeuter hergestellt werden.

Unsere Aufgabe in England, die nationale und internationale,ist, den Kapitalismus hier und den britischen Imperialismus im Ausland zu zerschlagen, ganz besonders der aggressiven Besetzung Irlands ein Ende zu setzen. Der britische Kapitalismus, der sich in Dekadenz befindet, ist noch immer eine Macht, eine imperialistische Macht und sogar sehr schlau, listig und erfahren. Unsere Arbeiterklasse hat die Kraft dieses Feindes nie unterschätzt, und sie darf sie nicht unterschätzen. Er ist für uns der Hauptfeind, und seine Zerschlagung ist die größte Hilfe, die wir der internationalen Arbeiterklasse geben können. Wegen der Habgier und der täglich zunehmenden ständigen Veränderungen kann zwischen allen imperialistischen Mächten der Krieg ausbrechen. Die Arbeiter werden die Soldaten eines solchen Krieges sein und ihre Familien seine Opfer. Wir Kommunisten müssen alles, was in unserer Macht steht, daransetzen, um die Arbeiterklasse gegen einen solchen Krieg und einen solchen Mord an der Klasse zusammenzuschließen. Der einzige Krieg, auf den wir uns vorbereiten, ist der Krieg gegen den Kapitalismus, die Ursache aller Kriege in unserer Epoche. Wir müssen der herrschenden Klasse einen vernichtenden Schlag versetzen, heißt es in der Erklärung. Wir müssen die Revolution durchführen, den inneren Feind, unsere eigenen Kapitalisten, stürzen, sonst sind wir nichts weiter als Kaffeehaus- und Salonpolitiker. Wir dürfen keinesfalls mit der Bourgeoisie und den Imperialisten zusammengehen, um die Beute eines dritten Weltkrieges zu teilen. Wir dürfen nicht Verbündete unserer Kapitalisten und unserer eigenen Bourgeoisie werden. Natürlich wissen wir, daß es zwei Mächte gibt, die ungeheure Waffenbestände unterhalten, um einander oder jeden, der ihnen im Weg steht, zu zerschlagen. Wir wissen auch, daß sie sich zeitweilig vereinigen können, um die Revolution in ihrem eigenen Land oder sonstwo zu zerschlagen. Wir wissen aber auch, daß die Völker angesichts der Drohung mit Gewalt nicht die Hände in den Schoß legen werden. Wir britischen Marxisten-Leninisten wissen, daß das große russische Volk wieder die Revolution durchführen wird, denn es war das erste und wird nicht das letzte sein.

Die Erklärung der KP Britanniens/ML brandmarkt dann den Inhalt der „Drei-Welten-Theorie" in bezug auf die Klassenzusammenarbeit und das Bündnis mit dem US-Imperialismus, wodurch angeblich gegen die größere Gefahr gekämpft werden soll, die der sowjetische Sozialimperialismus darstelle. In der Erklärung heißt es dazu: Wir sagen nein! Die britische Arbeiterklasse hat die Aufgabe, den Imperialismus und den imperialistischen Krieg zu bekämpfen. Die Arbeiterklasse Europas muß sich gegen alle Feinde und gegen den Krieg vereinigen. Die Arbeiter aller Welt müssen sich vereinigen und werden sich vereinigen, um dem Krieg ein Ende zu setzen. Die Revolution durchführen bedeutet, dem Krieg ein Ende zu setzen. Wir haben in England eine klare Aufgabe. Wir denken, daß wir, die Partei, keine Interessen haben, die sich unterscheiden von denen der europäischen Arbeiterklasse oder des Proletariats der UdSSR oder des Proletariats der Vereinigten Staaten und auch nicht von denen der Arbeiter und Bauern der ganzen Welt. Wir dürfen einander nicht im Dienst der Herren umbringen, wir dürfen nicht auf ihre Befehle hin handeln. Wir müssen uns zusammenschließen für die Revolution und den Frieden und die Kriegshetzer, die Imperialisten und Verräter in den USA, der UdSSR, England, Frankreich und anderswo hinwegfegen.

Im Zusammenhang mit der marxistisch-leninistischen Bewegung wird in der Erklärung der KP Britanniens/ML betont: Es werden Versuche unternommen, die marxistisch-leninistischen Parteien und die Arbeiter vom revolutionären marxistisch-leninistischen Weg abzubringen und sie dazu zu bringen, auf den Kampf innerhalb ihrer Länder zu verzichten. Wir werden und dürfen nicht zulassen, daß dies geschieht! Im Denken und Handeln kristallisiert sich eine größere Klarheit heraus, auf die sich die marxistisch-leninistische Einheit stützt. Jetzt, schließt die Erklärung, darf es keine Abweichungen und Rückschläge geben im Kampf für die Revolution, den Frieden, die Einheit der Arbeiterklasse, die Errichtung des Sozialismus in Britannien, für die enge Vereinigung mit allen Arbeitern der ganzen Welt. Dann werden wir schließlich unser großes historisches Ziel erreichen, das Vermächtnis unseres großen Lehrers Karl Marx erfüllt haben.



Gemeinsame Erklärung der KPD/ML, KPG/ML, KPI/ML, Portugiesischen KP (W), KPSp/ML
Zu bestellen bei:
GEWISO-Buchvertrieb, Postfach 50 05 68, 2000 Hamburg 50

Polizeimassaker gegen streikende Arbeiter in Ekuador

Mindestens hundert Arbeiter sind in der letzten Woche bei einem Großeinsatz der ekuadorianischen Polizei ermordet worden. Der Polizeieinsatz richtete sich gegen den Streik in einer Zuckerfabrik in der Nähe der Hafenstadt Guayaquil, in dessen Verlauf 2.000 Arbeiter das Fabrikgelände besetzt hatten.

Die Polizei ging mit unvorstellbarer Brutalität gegen die streikenden Arbeiter vor. Die Polizisten eröffneten sofort das Feuer. Wer dem Kugelhagel entging, wurde in die nahegelegenen Zuckerrohrfelder getrieben und in Bewässerungskanälen ertränkt. Andere Arbeiter, die den entmenschten Polizisten in die Hände fielen, wurden bei lebendigem Leibe in die Siedekessel der Fabrik geworfen und auf entsetzliche Weise zu Tode gequält.

Das Massaker der Polizei an den streikenden Arbeitern spricht eine klare Sprache über den Charakter des Militärregimes in Ekuador, zu dem auch die westdeutschen Imperialisten beste Beziehungen unterhalten. Dieses Regime schützt und verteidigt die Interessen der ausländischen kapitalistischen Monopole, unter denen die amerikanischen die erste Stelle einnehmen, und der einheimischen Kapitalisten und Großgrundbesitzer. Es unterdrückt die Arbeiterbewegung und die breiten Volksmassen mit faschistischer Gewalt und schränkt die wenigen noch verbliebenen Rechte immer rigoroser ein.

Trotzdem haben die Arbeiter, die Bauern und die Jugend ihren Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus, gegen die einheimischen Ausbeuterklassen, gegen die Ausbeutung, Entrechtung und faschistische Unterdrückung erweitert. Streiks, wie die in der Zuckerfabrik von Guayaquil sind keine Seltenheit. Die Landarbeiter und Bauern erheben sich in vielen Gegenden den Landes unter der Losung „Der Boden denen, die ihn bebauen!" zum Kampf. Und in den Städten und industriellen Zentren entwickelt sich eine breite Bewegung gegen die Ausplünderung der Reichtümer Ekuadors durch die internationalen Monopole, vor allem gegen den US-Erdölkonzern Texaco, der in Ekuador eine dominierende Rolle spielt.

In allen diesen Kämpfen erweitert die KP Ekuadors/ML ihren Einfluß unter den Massen und zeigt ihnen, daß die wahre Freiheit nur durch die Revolution, nur durch den Griff der Massen zu den Waffen errungen werden kann.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 mm	KW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



Amerikanischer Theater-Leiter festgenommen

Vor kurzem fand in München das Theater Festival der Freien Theater statt. Daran nahm auch das „Living-Theatre" teil, dessen Leiter sich selbst als „Anarchist und Pazifist" bezeichnet, der daran glaubt, daß „der Verzicht auf Gewalt die einzige Möglichkeit für die Menschheit ist, zu überleben". Eine politische Leitlinie der Theaterkunst also, vor der die Herrschenden sich nicht zu fürchten brauchen. Sollte man jedenfalls meinen.

Aber heutzutage wird mehr verlangt von einem Theater, das die „Freiheit der Kunst" genießen will. Und dazu gehört vor allem, daß es nicht Dinge kritisiert, die einem staatlich verordneten Tabu unterliegen. Daran hatte sich das „Living-Theatre" nicht gehalten. In seinem Stück, das es in München aufführte, prangerte es verschiedene Formen der Folter an und erklärte dann: „Dieses Jahr wurden diese und andere Formen der Polizeifolter in vielen Ländern angewendet: in Brasilien, Uruguay, auf den Philippinen, in Irland, Algerien, der Bundesrepublik Deutschland, Chile, Israel, Spanien, der Türkei, dem Irak, Iran und in 52 anderen Ländern." Aufgrund dieses einen Satzes wurde der Leiter des Theaters festgenommen, weil er gegen den Paragraphen 90 a (Verunglimpfung des Staates) verstoßen habe. Wieder freigelassen wurde er neun Stunden später — nach Zahlung einer Kaution.

Einigen Stadtvätern war die Sache peinlich. Denn in ihrem Eifer hatte die Münchner Staatsanwaltschaft offenbar nicht bedacht, daß es sich nicht besonders gut macht, wenn jetzt bereits ausländische Künstler (das „Living-Theatre" ist ein amerikanisches Theater) in der Bundesrepublik politisch verfolgt werden und darüber in ihrer Heimat berichten. So jammert jetzt etwa der Vorstand der Münchner SPD „die Staatsanwaltschaft sei dafür verantwortlich, daß jetzt im Ausland der unzutreffende (!) Eindruck entstehe, in der Bundesrepublik werde Kritik am Staat nicht geduldet, sondern von den Staatsorganen mit Strafverfolgungsmaßnahmen mundtot gemacht."

Kohlen sollen teurer werden

Ab 1. 1. 1978 sollen die Kohlepreise erhöht werden. Das gab jetzt der Vorstandsvorsitzende der Ruhrkohle AG, Bund, bekannt. Zynisch erklärte er: „Falls wir die Preise bis zum 1. Januar 1978 konstant halten, haben wir sie 24 Monate nicht erhöht. Man wird uns zubilligen müssen, daß wir dann aber etwas tun. Wir haben uns mit Erfolg um eine Preisstabilität über zwei Jahre bemüht, aber länger geht das dann nicht mehr." Wahrhaftig, eine großartige Leistung der „sozialen Marktwirtschaft"!

Was Bund zu erwähnen „vergißt", ist, daß die letzte Preiserhöhung bei der Kohle immerhin bei 10% lag und daß sie die dritte Preiserhöhung innerhalb eines Jahres war. Was Bund ebenfalls mit Schweigen übergeht, ist die Tatsache, daß die jetzige Preiserhöhung in einer Situation erfolgt, in der über 30 Mio. t Kohle auf Halde liegen — so viel wie noch nie seit Bestehen der Bundesrepublik.

Obwohl es also „zuviel" Kohle gibt, können die Werktätigen, die die Kohle zum Heizen brauchen, keineswegs unbesorgt dem Winter entgegensehen. Denn die Ruhrkohle-Herren, die schon oft genug ihre Findigkeit unter Beweis gestellt haben, aus jeder nur denkbaren Situation auf dem Rücken der Werktätigen ihren Profit zu machen, sich auch diesmal um profitversprechende Pläne nicht verlegen. Während sie einerseits die Kohlepreise erhöhen wollen, fordern sie andererseits, wie Bund ebenfalls jetzt bekanntgab, in den nächsten fünf Jahren jährlich mindestens 400 Mio. DM aus Steuergeldern als Entschädigung für die auf Halde liegende Kohle. So soll den Werktätigen gleich zweimal in die Tasche gegriffen werden, um die Profite der Ruhrkohle-Kapitalisten zu sichern.

Ein Vorhaben, das im übrigen auch ein bezeichnendes Licht auf die „Sorgen" wirft, die sich der Bonner Staat angeblich laufend über die Probleme der Werktätigen macht. Denn seit 1967, dem Jahr der Gründung der RAG und dem Beginn des großen Zechensterbens, ist der kapitalistische Staat maßgeblich an der RAG beteiligt. Über die VEBA (40% der Aktien im Bundesbesitz, der Rest Streubesitz), über die Gelsenberg AG (Besitzer RWE Essen, Stimmenmehrheit bei der „Öffentlichen Hand") und über die Salzgitter AG (Bundesbesitz) gehören dem kapitalistischen Staat immerhin 37% der Aktien der RAG.

Der Rest verteilt sich auf die großen Stahlkonzerne und die Alteigentümer der Zechenverbände.. Wie man sieht, arbeiten die Monopole und der kapitalistische Staat Hand in Hand, um die Interessen des Kapitals gegen die Werktätigen durchzusetzen.

Sind Sie auch ein Terrorist ?

Sind Sie auch ein Terrorist? — Sie müssen die Frage schon entschuldigen, aber schließlich muß man ja heutzutage wissen, mit wem man es zu tun hat. Im übrigen sind Sie selbst schuld. Sie hätten ja gleich von sich aus sagen können, daß Sie den Terrorismus verabscheuen. Wer sich heutzutage stillschweigend und klammheimlich in der Straßenbahn einfach auf einen leeren Platz drückt, der macht sich verdächtig. Das ist doch klar.

Übrigens, wo wohnen Sie denn eigentlich? In einer Vorortsiedlung? Und das sagen Sie mir so offen ins Gesicht? Ja, sind Sie so naiv oder tun Sie nur so? Wissen Sie nicht, daß Sie mit einer solchen Wohnung bereits zum engeren Kreis der Verdächtigen gehören? Hier lesen Sie, in diesem Merkblatt des Bundeskriminalamtes heißt es gleich am Anfang: „Die kriminalpolizeilichen Erfahrungen haben gezeigt, daß terroristische Gewalttäter vorwiegend Wohnungen in sogenannten Großwohnanlagen in Stadt- und Stadtrandbezirken bevorzugen. Diese Wohnungen werden entweder vor oder nach spektakulären Straftaten benutzt; sie können auch als Verwahrort eines Entführten in Frage kommen." Was sagen Sie, das sei Quatsch, da wohnen Millionen? Eben, eben, das ist ja das Raffinierte. Wie „Bild" schon schrieb: „Die Terroristen — das sind die netten jungen Leute von nebenan." Sagen Sie mal, wie alt sind Sie eigentlich? 27? So, so. Und wie lange wohnen Sie schon hier? 5 Monate? Und deshalb kennen Sie auch die anderen Leute im Haus noch nicht? Nur aus Gesprächen im Fahrstuhl? Sagen Sie, haben Sie eigentlich auch Telephon? Eine eigene Garage auch! Sogar mit Zugang zum Haus?! Was machen Sie denn eigentlich abends? Was? Sagen Sie das noch einmal — Sie basteln? Wenn Sie nicht Besuch bekommen? Der Besuch kommt wohl auch am liebsten in der Dämmerung oder in der Dunkelheit, was? Woher ich das weiß? Na, hören Sie mal, hier, auf dem Merkblatt des Bundeskriminalamtes steht es doch schwarz auf weiß: „Besucher nutzen Dämmerung und Dunkelheit zum Betreten des Hauses aus." Besuche kommen meistens abends, sagen Sie? Also hören Sie mal, Sie sind ja ein Terroristenverdächtiger, wie er im Buche steht! Verleumdung? Allerdings kann ich das beweisen. Punkt für Punkt. Hier bitte: Sie kennen ihre Mitbewohner nicht, haben Sie gesagt, oder? Und was steht hier, als erstes Merkmal unter „Besondere Verhaltensweisen"? — „Bewohner leben in selbstgewählter Isolation zu den Mitmietern." Sie fahren im Fahrstuhl, haben Sie gesagt, oder? Und haben eine Garage mit Zugang zum Haus? Und was steht hier: „Auf Telephon, Fahrstuhl, Garagen (mit unmittelbarem Zugang zum Haus) wird meist Wert gelegt." Und wie war das mit dem Basteln? Da steht's „Heimwerkertätigkeiten"!!! Jetzt fehlt nur noch, daß Sie noch zugeben, daß Sie wenig Möbel haben und mit dem Kleinlieferwagen selber umgezogen sind, daß Sie Rollos vor den Fenstern haben und ihren Müll manchmal selber wegfahren — und dann hole ich aber die Polizei!"

Jetzt ist er schnell ausgestiegen. Typisch. Man müßte in jeder Straßenbahn einen Polizisten mitfahren lassen. Wie soll man sonst die Terroristen je fangen? Es wird sowieso noch viel zu wenig getan, alles heruntergespielt. 18 Terroristen suchen sie, daß ich nicht lache! Ich allein habe nur in der Straßenbahn ja schon über 50 gefunden. Da steigt schon wieder ein junger Mann ein. Diesmal mit ganz langen Haaren. Kein Vergleich zu dem anderen. Sind wirklich mehr als raffiniert, diese Leute. — Sagen Sie mal, junger Mann, wo wohnen Sie denn...?

Flugblatt des BKA: Offener Aufruf zur Denunziation

BUNDESKRIMINALAMT

Sehr geehrte Damen!
Sehr geehrte Herren!

Die kriminalpolizeilichen Erfahrungen haben gezeigt, daß terroristische Gewalttäter vorwiegend Wohnungen in sog. Großwohnanlagen in Stadt- und Stadtrandbezirken bevorzugen. Diese Wohnungen werden entweder **vor** oder **nach** spektakulären Straftaten benutzt; sie können auch als Verwahrort eines Entführten infrage kommen.

Sie können dazu beitragen, Unterschlüpfe von Terroristen ... die folgenden Merkpunkte beachten und entsprech... nächsten Polizeidienststelle mitteilen.

1. **Beschaffung**
   - Verwendung verfälschter Ausweispapiere bei Mie...
   - Mietvorauszahlungen für längeren Zeitraum in ... Überweisungen
   - „großzügiger" Verzicht auf Renovierung
   - Mietung zusätzlicher Baulichkeiten (Einrichtung... plätzen, Abstellen von Kfz)
   - Mietung von Einzelgaragen oder auch von Ab... (evtl. fingierte Adresse)

2. **Ausstattung**
   - spärliche Möbelausstattung (Eigenumzug mit ...
   - Bevorzugung von Wohnungen mit Fenstern o... mit Vorrichtungen zum Abdunkeln (Rollos)
   - oft keine Türbeschilderung, aber Namen am B...
   - auf Telefon, Fahrstuhl, Garagen (mit unmitt... wird meist Wert gelegt

3. **Änderungen**
   - Anbringen zusätzlicher Sicherungseinrichtun...
   - Auswechseln der Schlösser
   - Manipulation an Haussprechanlagen (zum A...

4. **Nutzung**
   - Unterstellung von Kfz mit meist ortsfremden Kennzeichen in vorhandenen oder zusätzlich gemieteten Garagen
   - Besucherverkehr mit Kfz aus dem gesamten Bundesgebiet und Ausland
   - „Heimwerkertätigkeiten", Herstellung und Lagerung von Druckerzeugnissen
   - Nutzung von Garagen u. a. Baulichkeiten zur Lagerung von Werkzeugen, Chemikalien und Werkstoffen
   - „Bastelarbeiten" verursachen auffällige Geräusche

5. **Besondere Verhaltensweisen**
   - Bewohner leben in selbstgewählter Isolation zu den Mitmietern
   - Anmeldeformalitäten werden möglichst vermieden
   - reger Besucherverkehr; Fremde werden nicht eingelassen
   - Besucher nutzen Dämmerung und Dunkelheit zum Betreten des Hauses aus; benutzen vielfach nicht die vorhandene Flurbeleuchtung
   - Besucher kündigen Eintreffen vorher telefonisch an; benutzen abgesprochene Klopf- und Klingelzeichen
   - Bewohner gehen keiner regelmäßigen Arbeit nach; verlassen Haus zu unregelmäßigen Zeiten; zeigen bei Rückkehr „sicherndes Verhalten"; oft erhöhte Aktivität zur Nachtzeit
   - Bewohner benutzen vorhandenes Telefon nicht für eigene Anrufe; benutzen hierfür öffentliche Münzfernsprecher
   - Bewohner verändern häufig ihr Aussehen (Perücken, Änderung der Haarfarbe, Bart, Brille)
   - Brief- und Paketpost wird meist nicht unmittelbar zugestellt
   - Warenauslieferungen oder Reparaturen durch Fremde werden vermieden
   - Wohnungen werden kurzfristig (ohne Kündigung) aufgegeben
   - Abfälle werden eigenhändig abtransportiert

Die Polizei rechnet mit Ihrer Mithilfe; hierbei geht sie davon aus, daß Sie auch im Hinblick auf Ihre evtl. Verpflichtung nach den melderechtlichen Bestimmungen an einer sachdienlichen Unterstützung der Polizei selbst interessiert sind.

Zum Schluß – ein Rat:
Sie selbst sollten unter keinen Umständen etwas unternehmen!

Die Polizei dankt Ihnen für Ihre Mitarbeit!

Das Bundeskriminalamt (BKA) an alle Bürger:

Die Terroristen sind heute die netten jungen Leute von nebenan

Die neuen Erkennungsmerkmale: kurze Haare – farbige Kontaktlinsen – Ferienhäuser und Jagdhütten – Autos in bar!

Von DAGMAR TECHOW

Wiesbaden, 23. Oktober

Das Bundeskriminalamt warnt: Die Terroristen sehen heute nicht mehr so aus, wie auf den Fahndungsfotos!

Deshalb veröffentlicht BILD am SONNTAG als einzige Zeitung in der Bundesrepublik zusätzlich wichtige Erkennungsmerkmale der 16 am meisten gesuchten Terroristen.

Doch vorab noch folgende Hinweise:

- Die Terroristen kleiden und geben sich heute genauso wie jeder normale Bundesbürger;
- alle haben ihre Haarfarbe und Frisur grundlegend geändert.
- sie benutzen häufig öffentliche Transportmittel;
- neben Wohnungen in großen Siedlungen mieten sie auch Altbauwohnungen ...

Polizei enthüllt die wichtigsten Terroristen-Tricks

Scheuer Nachbar könnte ein Bombenleger sein

Geißler: Jugendliche Arbeitslose Potential für Terroristen

CDU-Generalsekretär bezeichnet Bonns Beschäftigungspolitik als hilflos

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
G. Schneider
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

ROTER MORGEN

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:
○ jährlich **DM 30,00** ○ halbjährlich **DM 15,00** ○ vierteljährlich **DM 7,50**

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der SVR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen", Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/ 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 9-12 und 14-18 Uhr, Sa. 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2000 Hamburg 50, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040 / 4 39 91 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, 3000 Hannover, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, 6700 Ludwigshafen (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621/69 71 09. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa. 10.30-13.00 Uhr.

LV Baden-Württemberg, 7000 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, 8000 München 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089 / 53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030 / 4 65 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

5100 Aachen, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 10.30-14.00 Uhr.

4800 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-12 Uhr, Tel.: 0521 / 17 74 04.

4630 Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.-18.30, Mi 17-18.30, Sa 10-13 Uhr.

2800 Bremen (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 39 38 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

4100 Duisburg 1 (Hochfeld), Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr. Tel.: 0203 / 6 47 96.

4300 Essen-Altendorf, Buchladen „Roter Morgen", Helenenstr. 35. Öffnungszeiten: Mi. u. Do. 16-18 Uhr. Tel.: 0201 / 62 42 99.

6000 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611 / 43 75 95. Öffnungszeiten: Di-Fr 16.30-18.30, Sa 10-13

2300 Kiel 1, Buchhandlung „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 56 77 02. Öffnungszeiten: Mo, Di, Mi, Do 9-13 und 15-18, Fr 9-13 und 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr

5000 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 85 41 24. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

2400 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451 / 7 69 39. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251 / 6 52 05. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.